



MANAGERKREIS DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

MAGAZIN *aktuell*

Inhalt

4 | 2015

IM INTERVIEW:

Nicole Ackermann, Geschäftsführende Gesellschafterin Mouna GmbH – Warum haben es Frauen in der Filmbranche schwerer als Männer?
..... 2

Erst App, dann Arzt?

Die Digitalisierung ist im Gesundheitswesen angekommen. Die Akteure müssen umdenken.
..... 5

Zukunftsweisende Innovationspolitik in Zeiten der Digitalisierung

Digitalisierung muss soziale und gesellschaftliche Innovationen im Blick behalten.
..... 7

Mitteldeutschland nach der Kohle

Die Zeit der Braunkohle läuft ab. Was danach kommt, ist noch unklar.
..... 9

Wie viel Planwirtschaft verträgt die Energiewende?

Die Energiewende braucht die richtige Balance zwischen Regulierung und Wettbewerb.
..... 10

Korridor von Helsinki bis Malta

Die Feste Fehmarnbeltquerung gilt als das derzeit wichtigste transeuropäische Verkehrsprojekt.
..... 11

IM INTERVIEW:

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein
Für den Minister ist der Fehmarnbelt-Tunnel ein „Chancen-Bringer“ – nicht nur für Schleswig-Holstein.
..... 14



NRW 2030 – stark, gerecht und gemeinsam

NRW-SPD-Landtagsfraktionschef Norbert Römer war zu einem Hintergrundgespräch zu Gast.
..... 16

Toleranz und Integration

In Zeiten der Flüchtlingskrise sollten wir uns an den Grundsatz der Gerechtigkeit halten, so der Philosoph Rainer Forst.
..... 17

Bildungspolitik als wichtiger Standortfaktor

Bildungskürzungen in Sachsen-Anhalt schwächen die Wachstumskräfte.
..... 18

ABC4Trust beim Businesslunch in Stuttgart

Attribute-based Credentials sorgen für den Schutz der Privatsphäre im Netz.
..... 19

Griechenland-Krise: Gespart wurde genug

Griechenland braucht den Schuldenschnitt – Tsipras braucht Erfolge.
..... 20

Industrie ist Stärke Deutschlands

Mehr Europa bedeutet mehr Gewicht für Deutschland.
..... 21

TTIP: Bedroht der Freihandel unsere Freiheit?

Kaum ein wirtschaftspolitisches Projekt ist so umstritten wie TTIP. Noch immer sind viele Fragen offen.
..... 23

Risiken geteilter Strompreiszonen

Welche Probleme werden zu welchen Kosten gelöst?
..... 25

Digitale Arbeit menschengerecht gestalten

Der digitale Wandel braucht Strategien, um die Beschäftigten für die Zukunft stark zu machen.
..... 26

Telekom-Vorstand zu Gast beim Managerkreis

Reinhard Clemens will die digitale Welt mit neuen Produkten und Allianzen voranbringen.
..... 27

Neue Publikationen

..... 28



IM INTERVIEW:

Nicole Ackermann

**Geschäftsführende Gesellschafterin
Mouna GmbH**

Beim Deutschen Filmpreis dürfen Frauen als Laudatorinnen auftreten und Preise überreichen – ausgezeichnet werden sie nicht oder nur selten. Das liegt nicht daran, dass sie schlechtere Filme machen, sondern daran, dass sie erst gar nicht die Chance bekommen, Filme zu drehen: Gerade mal 22 Prozent aller Kinoregisseure sind weiblich. Bei TV-Produktionen sind es sogar nur 11 Prozent. Und dies, obwohl 42 Prozent der Absolventen von Filmhochschulen weiblich sind.

Sie haben ursprünglich Ökonomie studiert. Wann haben Sie Ihre Leidenschaft für den Film entdeckt?

Als Teenager. Da war diese Faszination über die Wirkung von Kino, darüber, wie im dunklen Raum für fremde Charaktere auf großer Leinwand so intensive Gefühle entstehen können. Und wie sehr für mich die Identifikation mit den Darstellern möglich war. Später habe ich dann auch im TV-Programm so manche Favoriten entdeckt. Mir war schnell klar: Da will ich bald gerne in der Entstehung und beim Zugänglichmachen mitwirken.

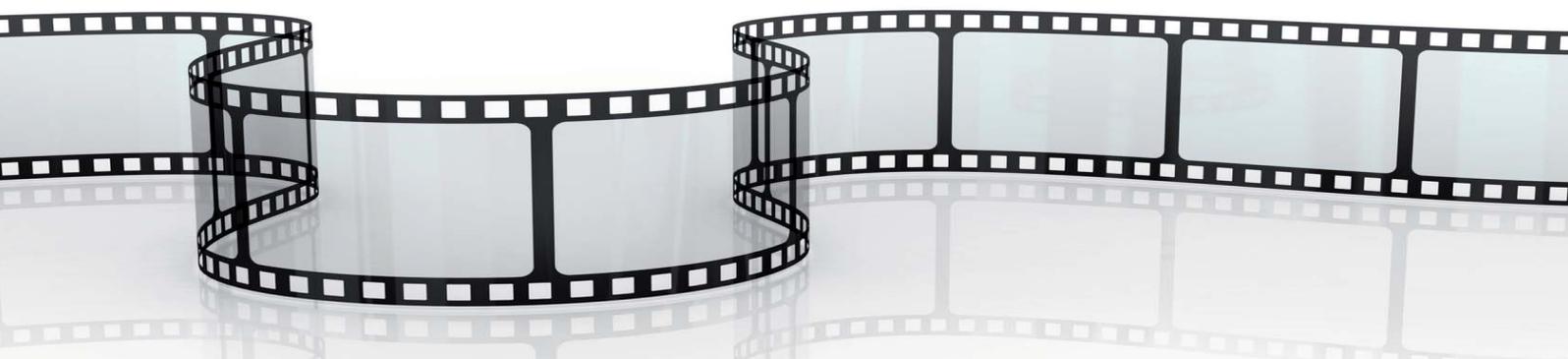
Sie waren nach Ihrem Studium Kinobetreiberin. Wie kam es dazu? Und was ist aus dem Kino geworden?

Während des Studiums an der Uni Hohenheim habe ich bereits in dem Unternehmen gearbeitet. Es war eine tolle Zugangsmöglichkeit zu dem faszinierenden Ort „Kino“, an dem praktisch endlos diese eben beschriebene Magie geschehen durfte. Und es gab Trade-Shows zu besuchen. Das sind Kinobetreibermessen, wo für die zukünftige Programmgestaltung weit vor Startdatum mehrere Filme am Tag zu sehen

sind. Meist sogar in Originalsprache. Das war großartig. Damals waren wir nach Leinwänden die größte Kinokette in Südwestdeutschland und deutschlandweit auf Rang sechs. Die Kinos gibt es größtenteils noch, ich selbst habe aber das Unternehmen vor gut sieben Jahren als Partnerin verlassen.

Sie arbeiten in einer Branche, die von Männern dominiert wird. Spüren Sie die männliche Dominanz in Ihrem beruflichen Alltag?

Es gibt selten eine ausgewogene Diversität der Teams, unabhängig davon ob im



Bereich Kino, Filmproduktion oder Filmvertrieb. Ich bin oft die einzige Frau auf Augenhöhe mit am Tisch. Für mich war es interessant über die Jahre herauszufinden, ob sich eine größere Diversität in der Zusammenarbeit auswirkt. Und meiner Erfahrung nach tut sie das. Und zwar hin zum Positiven. Das war für mich auch mit der Grund, dass ich für Women in Film & Television Germany aktiv wurde.

Der Bundesverband Regie hat 2014 konkrete Zahlen vorgelegt: Der Deutsche Filmförderfonds (DFFF) vergab im Vorjahr Produktionszuschüsse in Höhe von gut 62 Millionen Euro. Nur 6 Millionen Euro flossen an Filme, in denen Frauen Regie führten. Haben Sie diese Zahlen überrascht?

Wenn solche Zahlen diskutiert werden, lohnt es sich immer, ein wenig darauf zu schauen, was dahinter steht. Und hier ist es wichtig zu berücksichtigen, dass dieses Ungleichgewicht schon daran liegt, dass bereits bei der Bewerbung um diese Fördergelder wenige Frauen an den eingereichten Projekten als Regisseurinnen beteiligt sind.

Was sind Ihrer Meinung nach die Ursachen dafür, dass Frauen viel seltener Regie führen als Männer?

Das ist vielschichtig: Frauen haben aus familiären Gründen oft facettenreichere Lebensläufe und längere Unterbrechungen zwischen den Aufträgen. Dazu kommt ein leider immer wieder unausgeprägtes Selbstverständnis man-

Nicole Ackermann hat an der Universität Hohenheim Ökonomie studiert. Bereits während ihrer akademischen Ausbildung absolvierte sie verschiedene Praktika bei TV-News-Abteilungen und Spielfilmproduktionen, wirkte an der Konzeption eines Fonds zur Filmfinanzierung mit. Nach dem Studium wurde Nicole Ackermann Kinobetreiberin, bevor sie Anfang der 2000er begann, einen Kinofilmverleih aufzubauen. Bald schlossen sich in dieser Funktion auch nationale und internationale Projekte in der Filmproduktion und im Film-Weltvertrieb bzw. im Lizenzhandel an. Die Unternehmerin gestaltet und vertreibt heute mit ihrer eigenen Firma, der MOUNA GmbH, verschiedenste Multiplattform- und Filmprojekte. Aktuell arbeitet sie an einem Dokumentarfilm zur Herzgesundheit. Nicole Ackermann ist Vorstandsvorsitzende von Women in Film & Television Germany e.V. Seit März 2015 ist sie Mitglied im Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung.

cher Frauen, sich neue Herausforderungen zuzutrauen – trotz vorhandener Kompetenz. Und Frauen sollten daran arbeiten, ihre Fähigkeiten proaktiv und selbstbewusst zu kommunizieren. Zudem ist die Auftragsvergabe nicht ausbalanciert.

Wie steht es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Filmbranche? Ist das beim Film mit unregelmäßigen Arbeitszeiten, befristeten Verträgen und einer erforderlichen Mobilität nicht besonders schwierig?

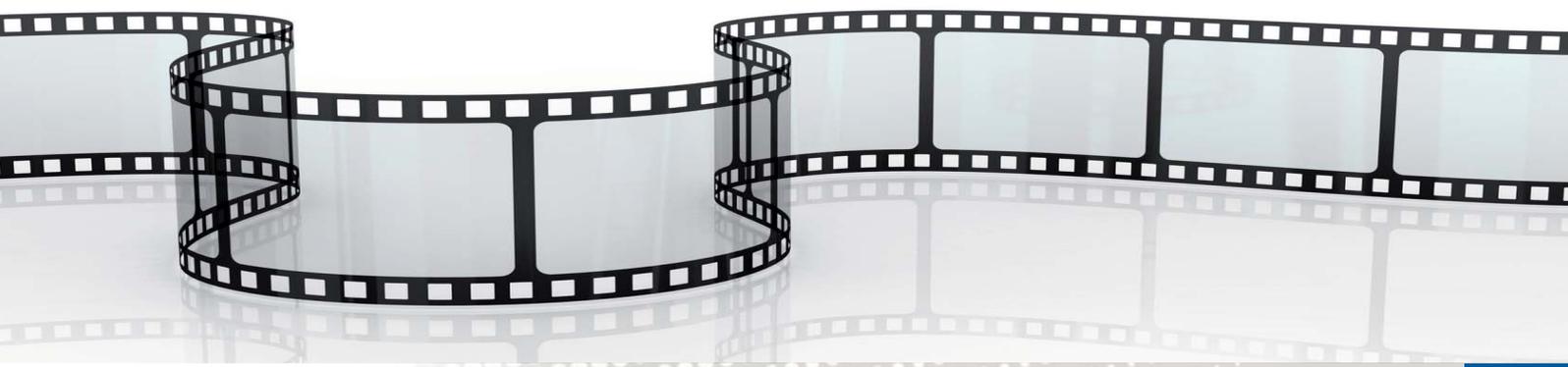
Projektarbeit bietet auch Chancen. Es kann immer wieder größere Freiräume bedeuten. Arbeit und Familie zu koordinieren ist überall eine Herausforderung. Und Film ist nicht die einzige Branche wo Mobilität und Flexibilität gefragt ist. *Die Initiative „Pro Quote Regie“ fordert eine Frauenquote. Kann eine*

Quote für mehr Chancengleichheit in der Filmbranche sorgen?

Die Quote bewirkt zunächst, dass auf das Bewusstmachen dieser Ungleichheit auch tatsächlich Taten folgen und somit Regisseurinnen nicht mehr die Ausnahme sind.

Warum hat es eigentlich so lange gedauert, bis sich in der Film- und auch in der Fernsehbranche eine Initiative wie die „Pro Quote“ formiert hat? Warum fällt erst jetzt die Benachteiligung von Frauen auf?

Es hat sicherlich damit zu tun, dass dem Thema Gender-Gerechtigkeit derzeit generell viel Aufmerksamkeit zukommt. Dabei gilt es sich darüber klar zu sein, dass dafür schon viele Frauen seit langer Zeit gearbeitet haben. Wir könnten also auch sagen: Die Saat geht endlich langsam auf.



Die ARD-Filmtochter Degeto hat im August eine Frauenquote für Regieaufträge eingeführt. Für 20 Prozent der Filme, die von der Degeto produziert oder mitfinanziert werden, sollen Frauen Regie führen. Das heißt im Umkehrschluss, dass immer noch 80 Prozent der Filme von Männern gemacht werden. Ist das denn wirklich ein Erfolg?

Es ist ein Anfang und geht in die richtige Richtung. Aber ja, da ist noch viel Raum. Ziel sollte ja ohnehin sein, dass sich die Geschlechterrollen irgendwann mal auch ohne Quoten ausbalancieren und die Beste für den Job den Auftrag auch bekommt. Und nicht einfach der Mann, den alle noch vom letzten Dreh schon kennen ...

Inwieweit sind die männlichen Kollegen mitverantwortlich für diese Schieflage?

Wesentlicher Grund für die fehlende Erzählvielfalt ist die unausgewogene Diversität in Entscheidungsgremien. Es geht dabei weniger um eine bewusste Ausgrenzung von Frauen, sondern vielmehr um Gewohnheitsentscheidungen. Der männliche Vorschlag ist oftmals näher an dem was man kennt. Und wenn ein Mann zudem bereits zuvor einen Erfolg verbucht hat – beispielsweise als Regisseur – dann wird er eben wieder engagiert.

Fehlt es den Filmen, die fast alle von Männern gemacht werden, an einem weiblichen Blick? Oder an-

ders gefragt: Machen Frauen andere Filme als Männer?

Zwischen dem wie sich Frauen in der Gesellschaft bewegen und wie sie im Film gezeigt werden herrscht eine Diskrepanz. Und ja, durch die Dominanz des Männerblicks auf die Welt wird zu oft kein zeitgemäßes Rollenbild transportiert.

Sie engagieren sich seit Dezember 2012 im Vorstand von Women in Film and Television Germany, kurz WIFTG. Was ist WIFTG?

WIFTG ist der deutsche Arm des internationalen Geschäftsnetzwerks für Frauen in der Film- & Fernsehbranche und in digitalen Medien. Wir sind Teil eines internationalen Netzwerks mit über 10.000 Mitgliedern in ca. 40 Ländern. Deutschlandweit gibt es derzeit lokale Standorte in Berlin, Hamburg, Hannover, Köln, Stuttgart und München. Wir verknüpfen unsere Mitglieder durch regelmäßige Branchentreffen bei unseren Jour Fixes, stärken sie in ihrem beruflichen Umfeld durch Weiterbildungsangebote über unsere WIFT Academy für branchenspezifische Inhalte und Soft Skills. Wir machen auch exklusive Filmscreenings in Anwesenheit der Filmschaffenden und laden hochkarätige Gäste zu unseren WIFT Lounges. Es gibt auch Veranstaltungen im Rahmen von Filmfestivals und Filmmärkten wie der Berlinale oder beim Münchener Filmfest. Und wir kooperieren auch international, beispielsweise mit dem Film Finance Forum beim Filmfestival in Cannes und dem Zurich Summit in der Schweiz. WIFTG setzt sich

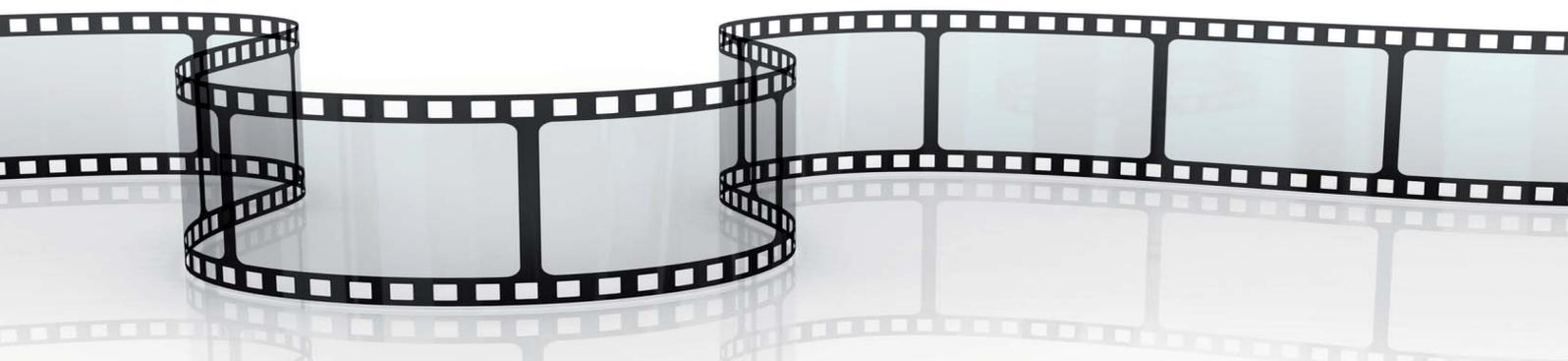
überall in der Film- und Medienbranche für Gendergerechtigkeit ein.

Warum ist eine Vernetzung der Frauen in der Film- und Fernsehbranche so wichtig?

Ein guter Film entsteht immer in Gemeinschaftsarbeit. Und Frau arbeitet dabei am besten und am liebsten mit Menschen zusammen, die sie schon vor dem Job zumindest ein bisschen besser kennt. Der Austausch von Erfahrungen gibt gegenseitig Stärke und ermöglicht so viel mehr Handlungsspielraum. In allen Aspekten.

Wenn Sie einen Film sehen, wissen Sie dann, ob ihn eine Frau oder ein Mann gemacht hat?

Ich sehe da schon Unterschiede. In der Art wie insbesondere die Figuren gezeichnet sind. Auch bei der Themenwahl generell. Auch wenn es natürlich eigentlich immer bekannt ist, wessen Film man sich da gerade ansieht. Frauen machen ja nicht unbedingt bessere Filme, doch sie machen andere Filme. Und das ist eben ein wichtiger Aspekt dabei. Denn Filme wirken über alle Gesellschaftsschichten hinweg. Und über die jeweiligen Kulturen hinaus. Laut Studien des Wirtschaftsprüfungsunternehmens EY führen Entscheidungen von Gremien mit ausgewogener Diversität zu gesteigertem Unternehmenserfolg. Das lässt sich meines Erachtens durchaus übertragen auf die Gesellschaft an sich. Eine stärkere Präsenz des weiblichen Blickwinkels auf die Welt ist daher auf mehreren Ebenen von Bedeutung.



Erst App, dann Arzt?

Unser Gesundheitssystem steht vor großen Herausforderungen. Dazu gehören der demografische Wandel, das Fehlen von Fachkräften und die Sicherstellung einer gleichwertigen Gesundheitsversorgung in Stadt und Land. Mit der Digitalisierung wird die Hoffnung verbunden, vielen dieser Herausforderungen mit innovativen Lösungen begegnen zu können.

Welche Auswirkungen hat eHealth auf die Gesundheitsversorgung und das Verhältnis zwischen Ärzt_innen und Patient_innen? Wie wird und wie sollte damit umgegangen werden? Was ist mit der Qualität der angebotenen Informationen? Sind unsere persönlichen Gesundheitsdaten sicher? Welche Rolle nehmen Anbieter_innen, Versicher_innen und Patient_innen in diesen Zusammenhängen

ein? Diese Fragen diskutierte der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung am 5. November 2015 mit seinen Gästen in Berlin. Die Begrüßung übernahm die Sprecherin der AG Gesundheitspolitik des Managerkreises Gudrun Schaich-Walch.

Der Medizinstudent Pascal Nohlderyk warf mit seinem Impulsvortrag einen Blick auf die neue Medizinergeneration

im Internetzeitalter. Er zeigte sich begeistert von den Chancen der Digitalisierung für die Gesundheitsversorgung. Seine Thesen zum Einfluss der neuen Medien mündeten in der Forderung an die Versorger, die digitalen Realitäten zu erkennen und sie zu einer kommunikationsbasierten Medizin weiterzuentwickeln. Im Laufe des Abends diskutierte der angehende Mediziner



v. l. n. r.: Bruzek, Heese, Eligehausen, Spies, Vogel, Weigeldt



mit Oliver Bruzek, Vice President Political & Public Affairs, CompuGroup Medical AG, Jürgen Heese, Leiter der Stabsstelle Unternehmenspolitik der AOK Nordost, Thomas Spies, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen und designierter Oberbürgermeister von Marburg, Kai Vogel, Leitung Team Gesundheit und Pflege, Verbraucherzentrale Bundesverband und Ulrich Weigeldt, Bundesvorsitzender des Deutschen Hausärzterverbandes.

Die Teilnehmer_innen der Diskussionsrunde waren sich darüber einig, dass die Digitalisierung von der Prävention bis zur Nachsorge zu einer Verbesserung der Versorgung führen kann. Sie machten auch bestehende Probleme des Gesundheitssystems deutlich – insbesondere die Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung. Patient_innen und Konsument_innen nutzen schon längst eine Vielfalt von Angeboten und schaffen damit bereits Fakten. Der Handlungsdruck wächst, wenn die Chancen genutzt und den Risiken begegnet werden soll.

Hier sehen Sie eine Zusammenfassung der Veranstaltung als Video

 https://youtu.be/2_bfeWH7oYQ



Die Publikation zum Thema finden Sie hier:
Managerkreis impulse
eHealth in Deutschland Digitalisierung und Datenschutz sinnvoll zusammenführen / Oliver Bruzek zusammen mit Birgit Dziuk, Holger Friedrich, Karsten Neumann und Erika Ober, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2015. – 4 S.
 ISBN: 978-3-95861-248-8

 <http://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=12041&ty=pdf>



Sie sind im Management oder als Unternehmer_in tätig und politisch interessiert?

Der Managerkreis bietet Ihnen in acht Regionalgruppen und bei überregionalen Veranstaltungen die Möglichkeit, sich mit gleichgesinnten Manager_innen und Unternehmer_innen auszutauschen.

Der Managerkreis besteht seit 1991 und umfasst mittlerweile über 1.200 Mitglieder. Sein Ziel ist es, eine Brücke zwischen Wirtschaft und Politik zu schlagen, und ein Netzwerk zu knüpfen.

Wir laden Sie herzlich ein, Mitglied im Managerkreis zu werden.

Hier finden Sie weiterführende Informationen:
www.managerkreis.de
 Kontakt Mitgliederservice
Dagmar Merk
Tel. 030-269357053
managerkreis@fes.de

Unser virtuelles Mitglieder-Netzwerk:
<https://www.xing.com/net/managerkreis/>

Zukunftsweisende Innovationspolitik in Zeiten der Digitalisierung

Die Digitalisierung ist weiter auf dem Vormarsch. Doch wie gehen wir mit der Herausforderung um, die diese mit sich bringt? Wie muss eine zukunftsweisende Innovationspolitik für eine Digitalisierung aussehen, die nicht nur Wirtschaftsentwicklung und Produktivitätssteigerung fördert, sondern auch sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt ermöglicht?

Über dieses Spannungsfeld diskutierten am 3. September 2015 auf Einladung des BayernForums und des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung Michael Staab, Personalleiter Continental Regensburg, Andreas Lotte, Forschungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und Mitglied im Arbeitskreis Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie der SPD und Jan-Hendrik Passoth, Wissenschafts- und Technologiesoziologe am Munich Center for Technology in Society. Moderiert wurde die Veranstaltung von Birgit Harp-rath vom Bayerischen Rundfunk.

Digitalisierung und Innovationspolitik aus Sicht der Unternehmen

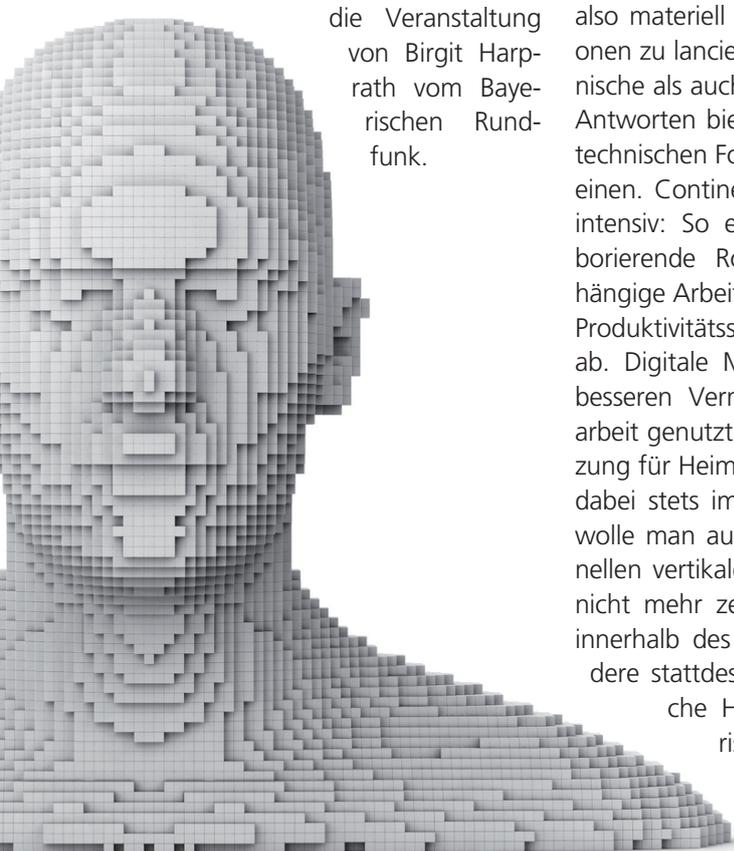
Ohne Frage: Wir stehen vor einer digitalen Revolution. Deutsche Unternehmen freuten sich, laut Staab, darauf, die Zukunft zu entdecken und sie aktiv zu gestalten. Noch gebe es keine eindeutigen Zukunftsszenarien, klar sei nur, dass die Kund_innen die Weiterentwicklung wollen. Es müsse Unternehmen darum gehen, Wert und Werte zu schaffen, also materiell wie immateriell Innovationen zu lancieren, die sowohl auf technische als auch auf menschliche Fragen Antworten bieten und so sozialen und technischen Fortschritt miteinander vereinen. Continental verfolge dies schon intensiv: So ermöglichten etwa kollaborierende Roboter demografieunabhängige Arbeitsleistung und 50 Prozent Produktivitätssteigerung, erläuterte Staab. Digitale Medien würden zu einer besseren Vernetzung der Zusammenarbeit genutzt und seien die Voraussetzung für Heimarbeit. Der Mensch stehe dabei stets im Mittelpunkt. Deswegen wolle man auch weg von der traditionellen vertikalen Kommunikation eines nicht mehr zeitgemäßen Silo-Denkens innerhalb des Unternehmens und fördere stattdessen crossmoves und flache Hierarchien. Unternehmens Engagement alleine reiche jedoch nicht aus,

um der Digitalisierung zu begegnen, es brauche endlich klare staatliche Vorgaben, forderte Staab: „Trotz unserer aktiven Gestaltung können wir nicht wissen, welche weiteren Herausforderungen die Digitalisierung noch bringt. Gemeinsam müssen wir nach dem Prinzip ‘trial and error’ ausloten, welche strategischen Veränderungen sinnvoll und notwendig sind. Aber: Wir erwarten klare Vorgaben von Seiten der Politik, etwa im Bereich des Datenschutzes oder der Arbeitszeitregelungen. Auch im Bereich der sozialen Innovationspolitik fordern wir von Staat und Arbeitnehmervertreter_innen konkrete Vorschläge zur Regelung.“

Entwurf einer sozialen Innovationspolitik

Dass das digitale Leben schon heute alle unsere Lebensbereiche durchdringt, sieht auch der Abgeordnete Andreas Lotte so. Bisher möge das unser Leben angenehm beeinflusst haben. Man müsse aber fragen, was passieren würde, wenn es durch zunehmende Rationalisierung zu einer ungesunden Konkurrenz zwischen Technik und Mensch käme, wenn gar aufgrund seiner Produktivität einem Roboter irgendwann ein höherer Wert zugeschrieben werden würde.

Deshalb fordert Lotte eine Innovationspolitik, die das Soziale in den Mittelpunkt stellt – und stellte gleichzeitig die Frage, ob und wie nationale Politik





v. l. n. r.: Staab, Lotte, Passoth, Harprath

im Angesicht der Globalisierung überhaupt auf die Digitalisierung reagieren könne: „Wenn den Unternehmen unsere rechtlichen Regelungen nicht mehr passen – gehen sie dann woanders hin?“ Welche Verantwortung könne der Staat also übernehmen? Aus sozialdemokratischem Verständnis müsse es darum gehen, dass Innovation nicht nur Unternehmen Nutzen bringe, sondern auch und vor allem Vorteile für die Gesellschaft und, dass alle am Wohlstand teilhaben können. Die Aufgabe der Politik liege also darin, die Stellschrauben so zu stellen, dass die Früchte des Wirtschaftswachstums gerecht verteilt werden würden. Steuerpolitik allein könne dies nicht bewirken. Vielmehr müsse der Staat aktiv in den Innovationsprozess eingreifen: Der Staat solle die Richtung von Innovation durch eigene Investments fördern und dadurch Anreize für die Wirtschaft bieten, insistierte Lotte: „Der Staat muss schon in einer frühen Phase des Innovationszyklus als Risikokapitalgeber eingreifen. Wir brauchen eine direkte staatliche Beteiligung an den Innovationen der Unternehmen, die uns dann

Rendite für gesamtgesellschaftlichen Wohlstand ermöglicht. So gestaltet der Staat Innovationspolitik als Verteilungspolitik!“

Technologiesozologie – Gesellschaft und Digitalisierung

Die große Notwendigkeit, den Herausforderungen und Chancen von Digitalisierung mit einer angemessenen, auf Forschung beruhenden Innovationspolitik zu begegnen, verdeutlichte nicht zuletzt der technologiesozilogische Blick von Jan-Hendrik Passoth. Bisher gehe es in der Debatte zu Digitalisierung und Innovationspolitik fast nur um Aspekte von Industrie 4.0. Dabei umfasse Digitalisierung noch viel mehr: „Cyberphysical systems und das Internet der Dinge werden uns in Zukunft vor ebenso enorme gesellschaftliche Herausforderungen stellen – wie die Veränderung unserer Kommunikationspraxis durch Plattformen und Netzwerke.“ Passoth betonte weiter: „Wir müssen uns die Frage stellen: Was macht Digitalisie-

rung mit uns und unserer Gesellschaft? Wenn wir nicht wollen, dass die Digitalisierung über uns bestimmt, müssen wir sie bestimmen und den Digitalisierungsprozess aktiv wie reflexiv begleiten – und zwar durch Forschung auf nationaler und europäischer Ebene.“ Es gehe ihm nicht um Bedenkenträgerei und die Sorge um den Verlust von Arbeitsplätzen: Im Dienstleistungssektor werde es neue Jobs geben, und auch für Geringqualifizierte biete die Digitalisierung unter der Voraussetzung der Weiterqualifizierung neue Möglichkeiten. „Wir sehen schon heute, dass Hybride aus Mensch und Maschine am effektivsten arbeiten!“ Dennoch müssten die gesamtgesellschaftlichen Folgen der Digitalisierung in der Debatte an prominenterer Stelle diskutiert werden, denn die Frage, wie die Zusammenarbeit dieser Hybride kooperativer und transparenter gestaltet werden könnte, sei eine offene Frage.

Die Münchener Diskussion machte deutlich, dass die Digitalisierung mehr noch als bisher auch soziale und gesellschaftliche Innovationen im Blick behalten muss. Außerdem muss die unternehmerische Gestaltung des Prozesses gezielt von Seiten der Politik begleitet werden, damit die technischen Neuerungen nicht nur wirtschaftlichen Erfolg versprechen, sondern auch einen gesamtgesellschaftlichen Beitrag leisten.



Mitteldeutschland nach der Kohle

Die dritte Runde der Veranstaltungsreihe des Managerkreises Mitteldeutschland, die sich mit ausgewählten Aspekten der aktuellen deutschen Energiepolitik befasst, hinterfragte am 8. September 2015 in Leipzig einen notwendigen Strukturwandel in den Braunkohlerevieren der Lausitz und im Leipziger Südraum.

Als Impulsgeber war Joachim Ragnitz, Managing Director des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Niederlassung Dresden, zu Gast. Moderiert wurde die Diskussion von Uwe Hitschfeld, Geschäftsführer Büro für strategische Beratung und Mitglied des Vorstands des Managerkreises Mitteldeutschland.

Das Thema Strukturwandel wird mit jedem Tag drängender, sodass man sich ihm ernsthaft widmen muss. Und eben daran fehlt es gegenwärtig bei den politisch Verantwortlichen auf fast allen Ebenen. Es zeigt sich auch, dass

das Ende der energetischen Kohlenutzung nicht unbedingt zum Bevölkerungsschwund führen muss, sofern man künftige Chancen vor allem im Bestehenden nutzt. Hierzu gehört vorneweg auch die stoffliche – mithin nicht energetische – Verwertung von Braunkohle, um Deutschland weniger abhängig von Erdöl- und Erdgasexporten zu machen. Wenn diese stoffliche Veredelung, etwa in der chemischen Industrie, solch ein zentraler standortpolitischer Faktor werden soll, müssen auch alle involvierten mitteldeutschen Player ihre Kräfte in diese Richtung bündeln.

Das Kuriose dabei: Gerade die energieintensive Chemie- und Kunststoffindustrie Mitteldeutschlands – eine mögliche Alternative zur Braunkohle – verlöre nach heutigem Stand ihre Wettbewerbsfähigkeit, wenn sie nicht mehr auf den preisgünstigen Kohlestrom zurückgreifen könnte. Auch vor diesem Hintergrund wäre ein politisch motiviertes „Kohleausstiegsgesetz“ wichtig, das nicht nur Termine benennt, sondern auch ebenso vorausschauend wie verantwortlich all jene Konsequenzen mitdenkt und nötige Weichen dafür stellt.



Wie viel Planwirtschaft verträgt die Energiewende?

Die vierte Runde der Leipziger Fachgesprächsreihe befasste sich am 2. November 2015 mit der Frage, wie regulierend die Politik in die Energiewirtschaft eingreifen sollte. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die „richtige Balance von Förderpolitik, Regulierung und Markt“ beim Gestalten der Energiewende.

Impulsgeber dieser Runde waren Dirk Panter, Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Sachsen und Thomas Pilgram, Leiter Economic Grid bei der Deutsche Energieversorgung GmbH und ehemaliger Vorstand von Clean Energy Sourcing AG Leipzig. Die Moderation übernahm Holger Tschense, Geschäftsführer T&T business-consulting GmbH & Co.KG und Mitglied des Managerkreises Mitteldeutschland.

Es erweist sich als schwer und riskant, auf eine politische Willensbildung mit ökologischen Argumenten zu antworten, um so das System am Laufen zu halten. Denn wenn die Politik bei einem komplexen System, wie es die Energiewirtschaft darstellt, an verschiedenen Stellschrauben unabhängig voneinander dreht, führt das schnell zu solchen erratischen Erscheinungen, wie sie die Player an diesem Markt gegenwärtig erleben. Eine Konsequenz daraus könnte bedeuten, dass man die Komplexität reduziert, indem man die Regulierung vorantreibt, also die Freiheitsgrade radikal beschneidet.

Eine andere, quasi gegenläufige Konsequenz könne lauten, die Freiheitsgrade wieder radikal zu erhöhen, mithin Regulierung und Förderpolitik deutlich zurückzufahren. Eine Entscheidung, in welche Richtung das Pendel ausschlägt, steht noch aus. Doch wird man es nie allen Playern Recht machen können, denn egal, wo man am EEG schraubt, immer nimmt man damit auch jemand etwas weg. Jede Veränderung zugunsten einer Seite beschneidet eine andere.

Geht man von der ökonomischen Realität aus, gibt es auf Erzeugerseite langfristig wohl nur einen Gewinner – nämlich Erzeugungsformen, die ohne Verbrennungs-, also Grenzkosten auskommen. Damit passen selbst Gaskraftwerke irgendwann nicht mehr in dieses Muster. Andererseits muss man akzeptieren, dass sich auch regenerative Erzeugungsformen irgendwann einmal selbst tragen müssen, da ein System permanenter Unterstützung auf Dauer nicht mehrheitsfähig ist. Wer erneuerbare Energien jedoch über Marktmechanismen finanziert, muss

auch eine Diskussion um Preisspitzen zulassen – speziell für jene Tages- und Nachtzeiten, in denen Sonne und Wind keine Energie produzieren, was dann die Preise am Großhandelsmarkt leicht ins Unermessliche schießen lässt. Sollte das nicht gewollt sein, wird man noch lange konventionelle Grundlasterzeugung benötigen. Die Diskussion, ob mehr Plan oder mehr Markt, ist also noch lange nicht ausgestanden.

Die Ergebnisse dieser Veranstaltungsreihe werden dokumentiert und in 2016 veröffentlicht.



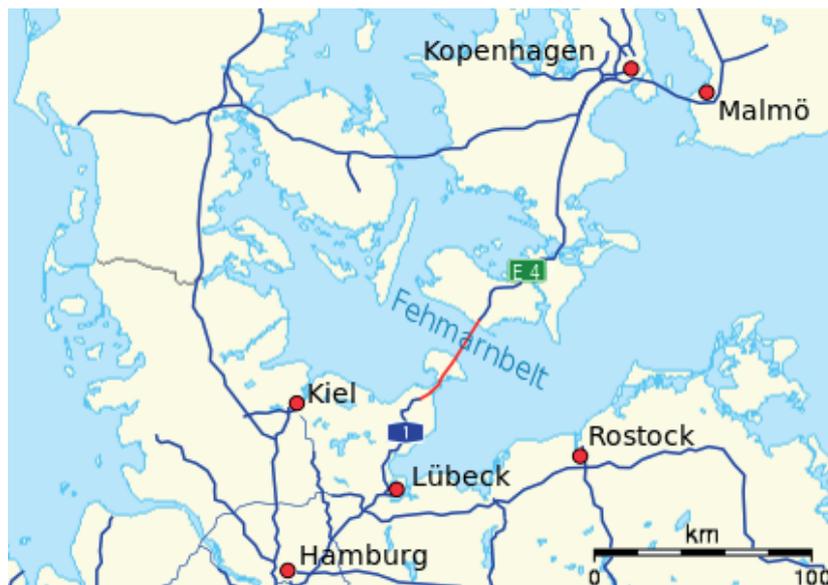
Korridor von Helsinki bis Malta

Im April 2015 nahm das Großprojekt „Fehmarnbeltquerung“ eine wichtige Hürde: Das dänische Parlament beschloss den Bau des Ostsee-Tunnels nach Deutschland. Dem dänischen Tatendrang steht ein deutscher Hürdenlauf gegenüber. Befürchtet werden Umweltbelastungen, Einbrüche der Tourismusbranche oder Arbeitsplatzverluste der Fährschiffahrtsunternehmen. Gegen die Bedenken stehen die wirtschaftlichen und kulturellen Potenziale einer neu entstehenden europäischen Region.

Wie geht es mit dem Projekt nun weiter? Wie können die Potenziale bestmöglich genutzt und wie kann den Bedenken begegnet werden? Diese Fragen wurden am 9. September 2015 auf einer Veranstaltung des Managerkreises in Lübeck erörtert. Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein, legte mit seinem Input die Basis für eine lebhafteste Debatte.

Die feste Fehmarnbeltquerung ist nicht nur für Schleswig-Holstein, sondern für ganz Deutschland ein zentrales und zukunftsweisendes Projekt, welches die letzte große Lücke im grenzüberschreitenden Verkehrsnetz Nordeuropas schließt. Skandinavien und Norddeutschland werden damit zu einer neuen europäischen Region zusammenwachsen, so Minister Meyer in seinem Eingangsstatement. Er versteht die Beltquerung als völkerverbindendes Projekt, als Tunnel, der eine mentale Brücke zwischen den Nachbarn Deutschland, Dänemark und ganz Skandinavien schlägt und eine neue Kulturregion entstehen lässt: „Infrastruktur schafft im-

mer neue Möglichkeiten. Durch die feste Fehmarnbeltquerung wird sich eine neue europäische Region herausbilden, neue Räume des wirtschaftlichen und kulturellen Austausches.“



Höhere und nachhaltige Wertschöpfung

Nach Fertigstellung wird, so Meyer weiter, eine der leistungstärksten Transportachsen von und nach Skandinavien entstehen. Die Fehmarnbeltquerung eröffnet für ihn vor allem neue Perspektiven. Güter und Personen werden schneller und kostengünstiger den Belt überqueren, der grenzüberschreitende Arbeits- und Absatzmarkt wird ausge-

baut – mit Effekten auf Kaufkraft und Beschäftigungsoptionen in der Region. Touristische Destinationen werden besser erreichbar und grenzüberschreitende Kooperationen in Technologie, Wissenschaft und Kultur werden erleichtert.

Dies bedeutet, so Meyer, eine höhere und nachhaltigere Wertschöpfung für den gesamten norddeutschen Raum.

Diese Chancen unterstrich auch Tarrak Shah, Beauftragter von Femern A/S in Deutschland. Das Projekt wird Skandinavien an Kerneuropa anbinden und einen neuen Korridor „von Helsinki bis Malta“ bilden. Der längste Absenktunnel der Welt werde, so seine Überzeugung, zum „Game Changer“ für Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur.

Die mit der neu geschaffenen Anbindung verbundenen Risiken und Chancen werden regional ungleich verteilt sein. „Standortqualitäten werden sich verändern“, so Meyer. Neben klaren Gewinnern wie Hamburg und Kopenhagen wird es auch Regionen geben, die ihre Chancen erst durch geeignete Anpassungs-

und Weiterentwicklungsmaßnahmen ausschöpfen können. Für diese gebe es seiner Meinung nach jedoch nicht nur große politische Unterstützung, sondern auch noch ausreichend Zeit. Er erwartet von Hamburg bis in den Raum Lübeck hinein – insbesondere entlang der A 1 – eine hohe Ansiedlungsdynamik. Unternehmensansiedlungen mit den sich daraus ergebenden Arbeitsplatzeffekten sieht er vor allem in den Bereichen Logistik und Dienstleistungen im Verkehrs- und Transportbereich.

Chancen und Risiken für Lübeck

Klare Risiken sieht Sebastian Jürgens, Geschäftsführer der Lübecker Hafengesellschaft, hingegen für seinen Standort. Zentral wird seiner Einschätzung nach sein, ob ein fairer Wettbewerb zwischen den Verkehrsträgern realisiert wird und beispielsweise die Preise für die Querung nicht durch Subventionierungen verzerrt werden. Jürgens sieht zwar auch Chancen, ist aber überzeugt, dass Lübeck sich verändern und andere Geschäfte machen muss, um weiter erfolgreich zu sein. Mit einer Weiterentwicklung könne sich der Standort beispielsweise in den Verkehren nach Finnland und Russland zur „Drehscheibe mit Wertschöpfung“ entwickeln. Hierfür müssen aber die Akteure am Standort gemeinsam die Frage beantworten, wie die Chancen der Hansestadt gestärkt werden können. Der Wandel werde aber, so seine Überzeugung, gelingen: „Für Lübeck verbinden sich mit dem Projekt eindeutig Risiken. Große Chancen bestehen zwar auch, aber wir werden uns weiterentwickeln müssen, um diese zu nutzen.“

Auch andere Regionen werden noch „Aufgaben zu lösen haben“, ergänzte Meyer und hob hier die Region Ostholstein hervor. Er sieht hier insbesondere die Notwendigkeit, dass zur Anbindung der Seebäder auch

lokale Verkehrskonzepte entwickelt werden müssen, um das touristische Potenzial der Beltquerung auszuschöpfen.

Um Chancen und Risiken richtig einzuschätzen, forderte Andreas Rieckhof, Staatsrat der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation der Freien und Hansestadt Hamburg, den Vergleichsmaßstab der Betrachtungen anzupassen. Die Region müsse erkennen, dass sie in einem globalen Wettbewerb steht. Um geeignete Maßnahmen zu definieren und die Chancen entsprechend zu nutzen, müsse daher auch die Entwicklung anderer großer Welthäfen beobachtet werden. Lege man diesen

marnbeltquerung“ und von der Deutschen Bahn geschaffenen Partizipationsmöglichkeiten seien daher zur Schaffung einer breiteren Akzeptanz zentral. Ohne diese kann, so die Überzeugung der Expert_innen, eine verlässliche Realisierung derartiger Großprojekte nicht sichergestellt werden. Die resultierende Geschwindigkeit der Genehmigungsverfahren wurde jedoch kritisch diskutiert.

Shah verwies in diesem Zusammenhang auf die unterschiedlichen Genehmigungsverfahren auf beiden Seiten des Belts. In Dänemark sei die Baugenehmigung für den Fehmarnbelt-Tunnel durch ein vom Parlament beschlossenes



v. l. n. r.: Jürgens, Meyer, Egloff, Shah, Rieckhof

globalen Maßstab zugrunde, rücke insbesondere die Optimierung der land- und seeseitigen Anbindung der norddeutschen Häfen in den Fokus.

Dänische Bevölkerung viel gelassener

Die große Bedeutung transparenter Verfahren mit Beteiligungsmöglichkeiten wurde von allen Diskussions Teilnehmer_innen hervorgehoben. Die durch das „Dialogforum Feste Feh-

Baugesetz bereits im April 2015 erfolgt. Zudem hätten dänische Entscheidungsträger und die Bevölkerung bereits sehr positive Erfahrungen mit den beiden festen Querungen über den Großen Belt und den Öresund gemacht, die 1998 bzw. 2000 eröffnet wurden. Gerade im Fall der Öresundbrücke hätten die Häfen in Kopenhagen und Malmö zunächst Risiken befürchtet, konnten jedoch durch entsprechende Maßnahmen letztlich einen deutlichen wirtschaftli-

chen Mehrwert realisieren. Durch die neuen Verbindungen seien zudem verschiedene Wissenschafts- und Wirtschaftskluster entstanden und der Pendelverkehr hätte sich deutlich ausgeweitet. Die dänische Bevölkerung betrachte derartige Projekte daher viel „gelassener und optimistischer“.

Kostenehrlichkeit und Lohnstandards

Auch Rieckhof sieht die Öresundregion als positives Beispiel, aus dem insbesondere in Deutschland mehr Zuversicht für das Projekt gezogen werden sollte. Er unterstrich in diesem Zusammenhang auch die Rolle der Politik. Diese habe die Aufgabe, ein klares Bild der Chancen zu kommunizieren und sich als „Kompass“ für die nötigen und oftmals langwierigen Entwicklungen aufzustellen. Shah ergänzte, dass auch „verlässliche Kostenehrlichkeit und gute Arbeits- und Lohnstandards auf den Baustellen“ für die Akzeptanz der Bevölkerung zentral seien. Femern A/S habe den politischen Entscheidungsträger_innen in Parlament und

Regierung daher vor der endgültigen Annahme des Baugesetzes eine aktualisierte Kostenschätzung auf der Basis realer Marktpreise vorgelegt und achte beispielsweise auch bei der Vergabe der Hauptbaufträge strikt auf die Einhaltung von Sozialklauseln. Zustimmung könne, so Shah weiter, nur gewonnen werden, wenn sich Bevölkerung und Politik auf diesen transparenten Prozess verlassen könnten: „Effizienz und Qualität sind von zentraler Bedeutung für den Planungs- und Genehmigungsprozess. Kostenehrlichkeit ist hierfür essentiell, denn nur reale Marktpreise können die Grundlage für verantwortungsvolle Entscheidungen bilden.“

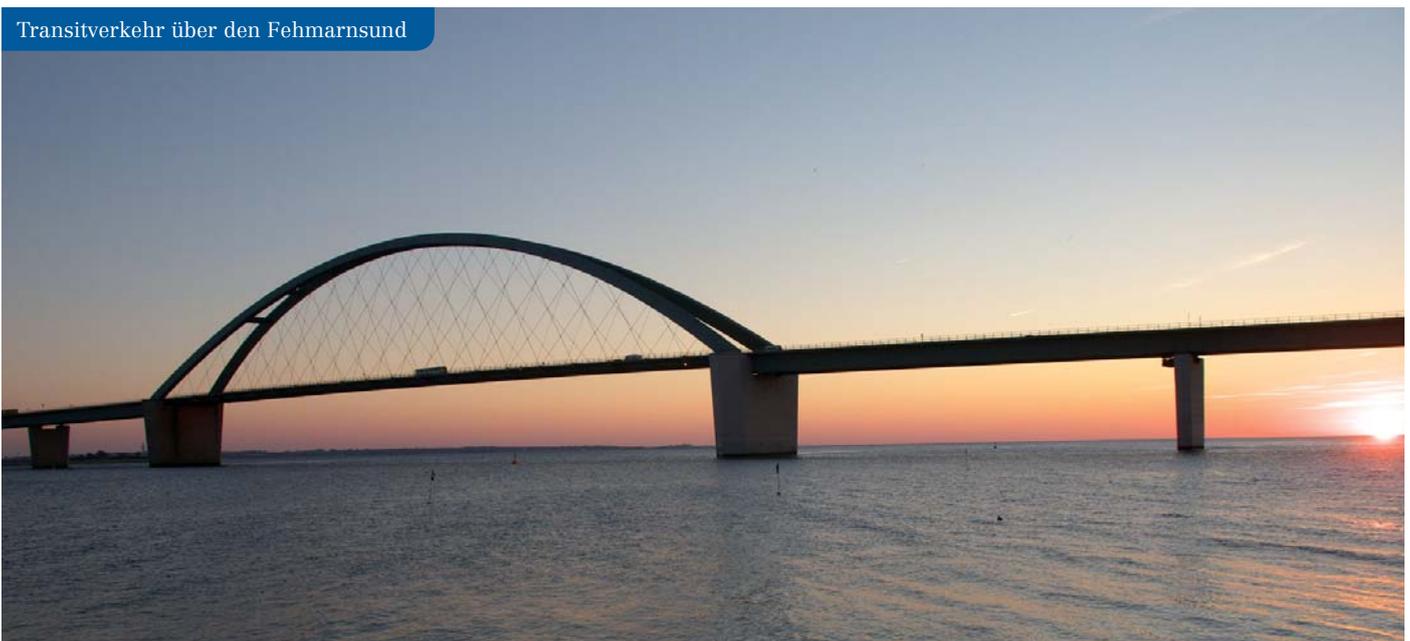
Neben „Überzeugung und Begeisterung“ besteht, so Jürgens, grundsätzlich auch die Notwendigkeit, Verfahren im Planungsrecht zu beschleunigen. Lübeck würde aufgrund der nötigen Anpassungsprozesse derzeit zwar von der langen Planungsphase profitieren, dennoch könne es sich Deutschland langfristig nicht leisten, auch bei drängendsten Projekten ein jahrelanges und teures Verfahren durchlaufen zu müssen. Er rät daher, losgelöst und damit unbelastet von

konkreten Projekten, eine Debatte über die Reform des Planungsrechts zu führen.

Dies unterstrich auch Meyer. Für die Fehmarnbeltquerung werde sich dies zwar nicht auswirken, für den Wirtschaftsstandort insgesamt wünscht aber auch er sich eine spürbare Verkürzung der Verfahren. Hierdurch solle nicht die Beteiligung eingeschränkt, sondern z.B. durch eine Reduktion auf nur noch eine Instanz die Verfahrensdauer reduziert werden.

Forderungen nach Verfahrensbeschleunigungen stehen für Rieckhof hingegen nicht im Mittelpunkt. Bei derart chancenreichen Großprojekten wie der festen Fehmarnbeltquerung sei vielmehr Sorgfältigkeit sinnvoll und nötig. Einwände würden diese Entwicklungen nicht aufhalten, aber zu einer optimierten Realisierung führen. Problematisch sieht er vielmehr die „schleichende Einflussweiterung“ des EuGH bzw. des europäischen Umweltrechtes: „Sorgfältigkeit ist bei Planungen nötig. Wenn die Politik eine klare Vorstellung davon hat, was nötig und zielführend ist, werden die Projekte auch realisiert. Ich rate daher zu Gelassenheit“, so der Politiker.

Transitverkehr über den Fehmarnsund





IM INTERVIEW:

Reinhard Meyer

Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein

Der Managerkreis sprach auf der Lübecker Veranstaltung „Die Fehmarnbeltquerung – Potenziale einer neuen europäischen Region“ am 9. September 2015 in Lübeck mit Reinhard Meyer über die Chancen des deutsch-dänischen Milliardenprojektes.

Herr Minister, bereits 1982 wurde im Kabinett Engholm über Potenziale einer festen Fehmarnbeltquerung diskutiert. Was motiviert Sie, dieses Projekt weiterhin zu unterstützen?

Die feste Fehmarnbeltquerung ist nicht nur für Schleswig-Holstein, sondern für ganz Deutschland ein besonders wichtiges und zukunftsweisendes Projekt. Es wird die letzte große Lücke im grenzüberschreitenden Verkehrsnetz Nordeuropas schließen und damit Skandinavien und Norddeutschland zu einer neuen europäischen Region zusammenwachsen lassen.

Mit welchen Konsequenzen?

Ich verstehe die Beltquerung als ein völkerverbindendes Projekt, als einen Tunnel, der eine mentale Brücke zwischen den Nachbarn Deutschland, Dänemark und ganz Skandinavien schlägt. Wir werden die Entstehung einer neuen Kulturregion erleben.

Was erwarten Sie für die wirtschaftliche Entwicklung der Region?

Hier sehe ich verschiedenste Potenziale. Zunächst muss man die Reichweite der Veränderungen verstehen. Nach Fertigstellung wird die Vogelfluglinie als

kürzeste Verbindung zwischen Skandinavien und dem Festland zu einer der leistungsstärksten Transportachsen von und nach Skandinavien werden und die Reisezeit zwischen Kontinentaleuropa und Skandinavien erheblich verkürzen. Ich erwarte einen verstärkten Austausch und eine neue grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Tourismus, Bildung, Forschung und Kultur. Und wenn Güter und Personen schneller und kostengünstiger den Belt überqueren können, wird auch der gesamte Wirtschaftsraum Norddeutschland stärker mit Skandinavien zusammenwachsen.

Und welche Auswirkungen erwarten Sie für den Arbeitsmarkt?

Eindeutige Prognosen sind hier natürlich schwer zu formulieren, und die Entwicklungen werden sicher regional unterschiedliche Auswirkungen haben – sowohl wirtschaftlich als auch auf dem Arbeitsmarkt. Von Hamburg bis in den Raum Lübeck hinein – und insbesondere entlang der A 1 – erwarten wir eine neue Ansiedlungsdynamik mit spürbaren Arbeitsplatzeffekten. Darüber hinaus wird der grenzüberschreitende Arbeits- und Absatzmarkt durch das Zu-

sammenwachsen ausgebaut. Kaufkraft und Beschäftigungsoptionen in der Region werden verbessert und dadurch insbesondere die Region Ostholstein gestärkt. Schon heute sind rund 160 deutsche Unternehmen, darunter viele aus Norddeutschland, in der Planungsphase an Aufträgen von Femern A/S beteiligt. Bei Planungen zum Ausbau der B 207 sind es 18 deutsche Unternehmen. Der Großteil der Arbeitsplätze steht im Zusammenhang mit der Baustelle östlich von Puttgarden, ca. 500 Menschen werden alleine hierdurch Arbeit finden.

Die Region Ostholstein ist vor allem für ihre Bäderorte bekannt. Die Tourismuswirtschaft spielt hier also eine große Rolle. Stellt ein wachsender Güterverkehr in dem Zusammenhang keine Gefahr dar?

Kurz gesagt: Nein! Wenn man von Einzelfällen einmal absieht, sind unsere Bäderorte von negativen Auswirkungen wie Lärm oder Umweltbelastungen nicht betroffen. Aber ich verweise auch hier noch auf die Chancen für den Tourismus: Destinationen insbesondere in Ostholstein werden besser erreichbar und damit auch Nachfragepotenziale erhöht. Tages- und Tagungstourismus

werden attraktiver, und eine bessere Ausschöpfung von Potenzialen im Städte-, Wellness-, Golf- oder Einkaufstourismus kann erreicht werden. Kurzum: Bäderorte und vor allem Lübeck werden als Tagungsorte interessanter.

Also nur Chancen ohne Risiken? Wie erklären Sie sich dann die vielen Einwände gegen das Projekt?

Natürlich gibt es auch Risiken. Die Liste der positiven Effekte einer festen Fehmarnbeltquerung ließe sich zwar fortsetzen, aber der Bau des Tunnels und der entsprechenden Hinterlandbindungen wird natürlich auch eine große Herausforderung darstellen und insbesondere in der Bauphase auch erhebliche Belastungen für die Region mit sich bringen. Von entscheidender Bedeutung sind daher immer eine ehrliche und transparente Information und eine enge, gut synchronisierte Zusammenarbeit mit den dänischen Partnern. So habe ich frühzeitig den neuen dänischen Transportminister Hans Christian Schmidt über den Stand des Planfeststellungsverfahrens und der Abläufe informiert – erst kürzlich wieder im Rahmen der Deutsch-Dänischen Verkehrskommission und bei meinem Besuch in Kopenhagen.

Wie wird diese Transparenz organisiert?

Schleswig-Holstein, wie alle weiteren Projektpartner, legt großen Wert auf eine transparente Bürgerbeteiligung. Seit 2011 gibt es das „Dialogforum Feste Fehmarnbeltquerung“, und auch die Deutsche Bahn ermöglicht im Rahmen des Raumordnungsverfahrens für den besten Verlauf der Bahntrasse umfassende Partizipationsmöglichkeiten. Betroffene werden angehört und informiert und können ihre Einwände einbringen. Kommunalkonferenzen zur Fehmarnbeltquerung und Erörterungstermine zu den Planungen des Tunnelbaus sind terminiert und ergänzen unsere Angebote zur transparenten Beteiligung der Bevölkerung.

Welche Strategien verfolgen Sie, um zu einer schnellstmöglichen Realisierung zu kommen?

Zuvorderst gilt es, nicht nur die Chancen zu kommunizieren und kontinuierlich Menschen zu überzeugen. Gleichsam müssen Bedenken ernst genommen werden. Das Projekt stellt ja ohne Zweifel eine enorme Herausforderung dar – zuvorderst natürlich in technischer und finanzieller Hinsicht. Entscheidend ist dabei weniger der Zeitpunkt der Realisierung, sondern dass das Projekt von beiden Seiten politisch gewollt ist und vorangetrieben wird. Sowohl die dänische als auch die deutsche Seite haben immer wieder ihr Bekenntnis zu diesem Projekt bekräftigt – zuletzt beim Treffen von Bundeskanzlerin Merkel mit dem dänischen Ministerpräsidenten Lars Løkke Rasmussen am 28. August in Berlin. Es geht also nicht um das „Ob“, sondern allein um das „Wie“, also um eine gute, effiziente und abgestimmte Umsetzung des Projekts.

Was können Sie uns zum Stand der Umsetzungen berichten?

Es bewegt sich viel. Ich verdeutliche das am besten in einigen Stichworten. Femern A/S hat Ende Mai 2015 die Erwidierungsunterlagen zu den rund 3.100 Einwendungen der Planfeststellungsbehörde in Kiel übergeben. In 41 Aktenordnern werden hier etwa 50.000 Einzelaspekte beschrieben. Ein erster Erörterungstermin für das Planfeststellungsverfahren zum Tunnel mit den Trägern öffentlicher Belange fand am 13. Juli 2015 statt. Zwei weitere zu umwelt- und naturschutzrechtlichen Themen am 1. und 2. September. Weitere Termine folgen.

Noch kann zwar nicht abgesehen werden, in welchem Umfang sich hieraus Bedarf für Planänderungen ergeben wird, es zeichnet sich aber ab, dass eine nochmalige Beteiligung der Öffentlichkeit nötig sein wird. Eine Planfeststellung erfolgt damit bestenfalls 2016, wahrscheinlicher ist jedoch 2017.

Auch die Planungen zur Bahntrasse laufen. Bis Mitte 2017 sollen die Entwurfsplanungen in voraussichtlich acht Abschnitten für die Schienenanbindung erstellt werden, bis Mitte 2020 soll dann das Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden. Abhängig von der tatsächlichen Dauer des Planfeststellungsverfahrens könnte dann ab 2019 die eigentliche Bauphase beginnen.

Der Planfeststellungsbeschluss für den 16,3 Kilometer langen Abschnitt der B 207 zwischen Heiligenhafen-Ost und Puttgarden ist hingegen bereits am 31. August erlassen worden. Da der Bund die Finanzierung des Projekts zugesagt hat, können hier, sobald der Planfeststellungsbeschluss rechtskräftig ist, die Bauarbeiten beginnen.

Schnellere Verfahren scheinen in Deutschland unmöglich zu sein ...

Ein altes und nach wie vor aktuelles Thema. Für unser Projekt ist es zunächst einmal gut, dass sowohl die dänische als auch die deutsche Seite an dem Gesamtprojekt Fehmarnbeltquerung festhalten und den Staatsvertrag als verbindliche Vereinbarung ansehen und umsetzen wollen. Die Umsetzung erfordert aber ein Höchstmaß an Engagement, Transparenz, Kooperation und vor allem Durchhaltevermögen. Ein wichtiges Anliegen aller Beteiligten bleibt, alle Verfahren so transparent wie möglich und mit breiter Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. Nur dann, so unsere Überzeugung, kann der Prozess auch zu einer zügigen Realisierung gelangen. Auch wenn es länger dauert, verstehen wir das als nachhaltige Investition in eine chancenreiche neue europäische Region. Hiervon losgelöst brauchen wir aber für den Standort Deutschland eine kritische Debatte über unsere Genehmigungsverfahren. Kurz gesagt: Beteiligung ja, aber eine Reduktion auf nur noch eine Instanz wäre sehr hilfreich.

NRW 2030 – stark, gerecht und gemeinsam

Demografische Entwicklung, Digitalisierung, Energiewende und Migration sind nur einige Aufgaben, denen sich das Land NRW in den nächsten Jahren und Jahrzehnten stellen muss. Der Umgang mit diesen Herausforderungen und die Frage, wie wir 2030 leben wollen, waren Themen des Gesprächs, das die Unternehmerin Beate Kummer am 15. September 2015 im Rahmen des Managerkreises Nordrhein-Westfalen mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Landtag Norbert Römer führte.

Einleitend ging Römer auf die Bürgermeisterwahlen ein, an denen sich am 13. September 2015 im Landesdurchschnitt nur 40,9 Prozent der Bürger_innen beteiligt hatten. Für die SPD sind die Wahlen in den verschiedenen Städten und Kreisen sehr unterschiedlich ausgefallen. Während in Neuss der erste sozialdemokratische Bürgermeister gefeiert wurde, musste die Partei das Amt in der Stadt Bonn nach fast 21 Jahren an einen Unions-Bürgermeister abgeben. Einen Trend könne er darin aber nicht erkennen, sagte Römer.

In einem Ausblick auf die kommenden Jahre verwies der Politiker auf die „Langen Leitlinien“, an denen sich die Politik der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten orientiert. Die Leitlinien stehen unter den Titeln „NRW stark“, „NRW gerecht“ und „NRW gemeinsam“. „NRW stark“ zielt auf die Wirtschaftspolitik im Land ab. Diese müsse auch in Zukunft mehr leisten, als sich rein innovationspolitisch aufzustellen, sondern auch vorausschauend, vorsorgend und modern sein! Mit „NRW gerecht“ bezieht sich die SPD auf die Förderung von Kindern und Familien. An besonderer Bedeutung gewinne aufgrund der aktuellen Situation, in der viele Flüchtlinge

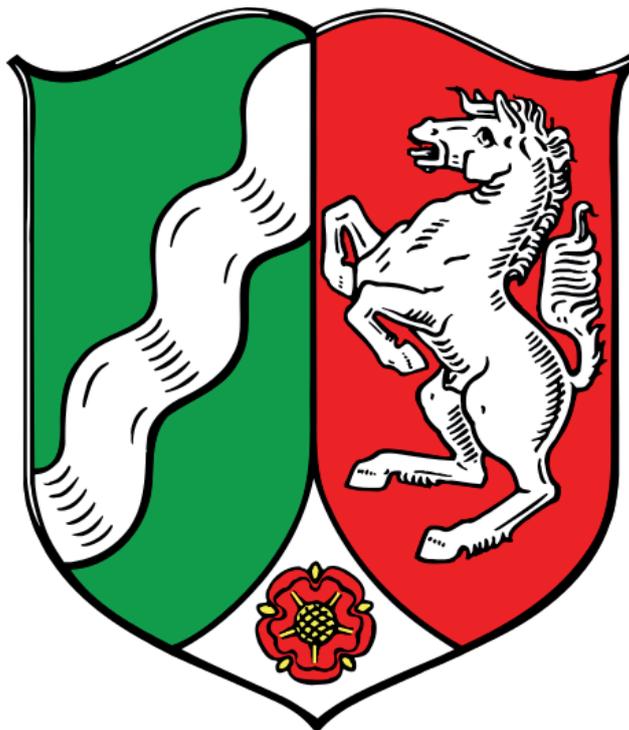
nach NRW kommen, die dritte Leitlinie „NRW gemeinsam“.

„Um die Situation bewältigen zu können, brauchen wir gut ausgebildete Frauen und Männer“, sagte Römer.

prognostizierte Römer. Als positiver Nebeneffekt werden viele Dörfer davon verschont bleiben, einem Tagelohn weichen zu müssen. Für die Gegenden, die von der Braunkohleförderung leben, schaffe die Politik bereits heute Zukunftsperspektiven.

In den Mittelpunkt des Hintergrundgesprächs rückten die aktuelle Flüchtlingswelle und das Thema Migration mit der drängenden Frage, wie Städte, Kommunen, Länder und der Bund diese große Herausforderung meistern können. Rund 40 Mitglieder des Managerkreises verfolgten das Gespräch und stiegen später mit in die Diskussion ein. Die Prognosen, wie viele Asylsuchende in diesem Jahr insgesamt nach NRW kommen, erhöhen sich beinahe im Wochentakt. 170.000 werden es mindestens sein. „Ohne das ehrenamtliche Engagement der Menschen wäre die Situation allerdings nicht zu bewältigen“, unterstrich Römer. „Ich habe den

Eindruck, dass die Themen Flüchtlinge und Wanderungsbewegungen uns noch viele Jahre in Atem halten werden. Das ist eine große Bewährungsprobe für Deutschland und die EU“, schloss er den Abend.



Auch das Thema „Energiewende“ fand seinen Platz in dem Hintergrundgespräch. „In Hambach und Garzweiler wird 2030 mehr Braunkohle gefördert werden, als wir in NRW dann noch brauchen werden“,

Toleranz und Integration

Durch steigende Zuwanderung, auch durch den Anstieg der Flüchtlingszahlen, befindet sich die Gesellschaft der Bundesrepublik in einem umfassenden Wandlungsprozess. Dies fordert eingelebte Institutionen und Gewohnheiten heraus, wie an vielen Konflikten ablesbar ist. So gewinnt ein traditioneller Begriff wieder an Bedeutsamkeit, der auf das Zusammenleben in einer religiös und kulturell pluralistischen Gesellschaft verweist: Toleranz.

Am 6. Oktober 2015 hatte der Managerkreis Rhein-Main den Co-Sprecher des Exzellenzclusters Rainer Forst eingeladen, um mit ihm über Toleranz und Gerechtigkeit zu diskutieren. „International gilt er als der wichtigste deutsche politische Philosoph seiner Generation“, führte Florian Gerster den ehemaligen Habermas-Schüler in den Abend ein. „Rainer Forst setzt die Tradition der Frankfurter Schule mit neuen Akzenten fort“. Für den Leibniz-Preisträger, der die Geschichte der Toleranz umfassend untersucht hat, ist sie Motor des Fortschritts. Trotzdem spricht er von einem „umstrittenen Begriff“. Deshalb wirft Forst die Frage auf: „Was heißt Toleranz?“ Toleranz bezeichnet für ihn eine Haltung, die analytisch betrachtet, aus drei Komponenten besteht.

Die erste Komponente der Toleranz sei die der Ablehnung. Überzeugungen oder Praktiken, die wir tolerieren, lehnten wir zunächst als falsch oder schlecht ab. „Sonst liegen Indifferenz oder Bejahung vor, nicht aber Toleranz“, schlussfolgerte der Philosophie-Professor. Als

zweite Komponente komme die Akzeptanz hinzu. Sie nenne Gründe, warum das, was falsch oder schlecht sei, dennoch geduldet werden soll. Hier werde eine Balance aus negativen und positiven Beweggründen hergestellt. Schließlich gelte es, eine dritte Komponente zu bedenken – die der Zurückweisung. Sie markiere die Grenzen der Toleranz.

Die Krux der Toleranz sei es, die drei Komponenten in die rechte Ordnung zu bringen. Die Herkunft der Grün-



de könne unterschiedlich sein. „Alle drei können religiöse Quellen haben, etwa, wenn man eine andere Religion als falsch ablehnt, sie aber im Geiste des Friedens toleriert, bis sie zur Gotteslästerung führt“, so Forst. Andere Gründe könnten sich aber auch auf die Menschenrechte berufen – auf das Recht auf Religionsfreiheit und auf die körperliche Unversehrtheit. „Man kann aus dieser Analyse schon sehen, dass die Toleranz nicht immer das richtige Rezept gegen Intoleranz ist. Der Rassismus ist etwa eine weit verbreitete Ursache der Intoleranz.“

Des Weiteren beschrieb der Philosoph zwei Konzeptionen der Toleranz, die sich historisch herausgebildet haben. Die erste nennt er „Erlaubnis-Konzeption“, wie sie in der klassischen Toleranzgesetzgebung etwa im Edikt von Nantes (1598) verankert ist. Die Toleranz ist demnach eine obrigkeitstaatliche Haltung und Praxis, die Minderheiten die Erlaubnis gibt, ihren Glauben in einem von oben festgelegten Rahmen zu leben.

Alle drei Komponenten – Ablehnung, Akzeptanz und Zurückweisung – seien in der Hand der Obrigkeit. Die Tolerierten seien Bürger_innen zweiter Klasse. „Dies ist die Toleranzvorstellung, die Goethe und Kant in ihrer Kritik vor Augen hatten, denn hier heißt toleriert zu sein, stigmatisiert zu sein“, analysierte Forst. Demgegenüber setze sich in der Neuzeit eine andere Toleranzvorstellung durch – die „Respekt-Konzeption“. Dabei gehe es

Rainer Forst wurde 1964 in Wiesbaden geboren. Er studierte Philosophie, Politikwissenschaften und Amerikanistik in Frankfurt und New York. 1993 promovierte er bei Jürgen Habermas. 2003 erwarb er mit seinem Buch „Toleranz im Konflikt“ im Fach Philosophie die Lehrberechtigung an Hochschulen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören politische Theorie und praktische Philosophie. Derzeit ist er Co-Sprecher des Exzellenzclusters „Die Herausbildung normativer Ordnungen“ an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

um die Haltungen der Bürger_innen, die in zentralen Fragen des Lebens nicht übereinstimmen. Dabei akzeptieren sie aber, dass die ihnen gemeinsamen Institutionen auf Normen beruhen, die alle als Freie und Gleiche teilen können.

„Wir machen allerdings einen Fehler, wenn wir in unserem demokratischen Zeitalter glauben, wir hätten die erste Konzeption zugunsten der zweiten überwunden“, betonte der Philosoph. Heute fänden wir in vielen Fällen Vertreter_innen beider Konzeptionen im Widerstreit. So kehre die Erlaubnis-Konzeption im majoritären Gewand zurück. Meinten die einen, Minarette und Moscheen seien zu dulden, sofern sie sich im Rahmen bewegen, die die christlichen Mehrheiten festlegen, be-

stunden die anderen darauf, dass es ein Grundrecht ist, angemessene Gotteshäuser zu haben.

Forst schlussfolgerte, dass uns der Begriff der Toleranz nicht sagt, woran wir uns zur Orientierung halten sollen. Auf der einen Seite seien das Freiheit und Autonomie, auf der anderen soziale Stabilität und Frieden. „Ich denke, es sollte der Grundsatz der Gerechtigkeit sein, an den wir uns halten“, riet er. „Denn was anderes ist es, als eine Frage der Gerechtigkeit, die Minderheiten oder bestimmte Gruppen in einer Gesellschaft haben?“ Hier gehe es um eine Frage, die vielen wehtue, weil sie fordere, Hergebrachtes zu überdenken, notfalls zu verabschieden. Man müsse in der Toleranzüberlegung nicht die

Wahrheit der eigenen Religion bezweifeln. Aber man müsse wissen, dass religiöse und ethische Überzeugungen mit Mitteln der Vernunft nicht falsifizierbar seien. Ferner müsse man erkennen, dass man anderen Gründe für die eigenen Normen schulde, die zwischen unterschiedlichen Parteien moralisch-politisch teilbar seien. Diese Fähigkeit, Gründe im theoretischen und praktisch-politischen Gebrauch zu erkennen und diskursiv zu finden, entspreche der Vernunft.

Unter der Leitung von Asmus Angelkort, Vorstandsmitglied des Mangerkreises Rhein-Main, fand anschließend eine lebhafteste, politisch-philosophische Diskussion mit 100 Interessenten im Gästehaus der Frankfurter Universität statt.

Bildungspolitik als wichtiger Standortfaktor

Auf der Veranstaltung des Managerkreises zum Thema „Wissenschaft und Wirtschaft: Politische Herausforderungen für Sachsen-Anhalt“ am 23. September 2015 in Magdeburg wurde noch einmal die Bildungspolitik der vergangenen Legislaturperiode analysiert und kritisch hinterfragt.

Mit der Landes- und Fraktionsvorsitzenden der SPD Sachsen-Anhalt Katrin Budde, dem Präsidenten der Landesrektorenkonferenz Sachsen-Anhalt Armin Willingmann, dem Präsidenten der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt Klemens Gutmann, sowie dem Rektor der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg Jens Strackeljan,

waren Vertreter_innen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft auf dem Podium. Die Moderation übernahm Managerkreis Vorstandsmitglied Helmut Herd.

Die Gäste waren sich schnell darin einig, dass die Entwicklungen im Wissenschaftsbereich der letzten Jahre, insbesondere die massiven finanziellen Kürzungen im Hochschulbereich, völlig

fehlgeleitet waren. In Sachsen-Anhalt wurde den Hochschulen in den letzten Jahren unter dem Postulat einer weiteren Strukturreform gleichzeitig die finanzielle Grundausstattung gekürzt. Insbesondere vor dem Hintergrund der langsamen wirtschaftlichen Entwicklung bedeuten die vorgenommenen Kürzungen eine weitere Schwächung der Wachstumskräfte des Landes, da es nun schwieriger sei, Spitzenforscher_innen ins Land zu locken, die wiederum die Hochschulen für Studierende attraktiv machen. Es wurde betont, dass das Land die jungen Nachwuchskräfte benötigt, um Innovationen und damit wirtschaftliches Wachstum zu generieren. Als Fazit schloss die Runde mit dem Ausblick, dass eine zukünftige Landesregierung nach den Wahlen 2016 den Hochschulstandort Sachsen-Anhalt wieder deutlich stärken muss.



v.l.n.r.: Budde, Strackeljan, Herd, Willingmann

ABC4Trust beim Businesslunch in Stuttgart

Jetzabel Serna-Olvera von der Deutsche Telekom-Stiftungsprofessur für Mobile Business und Mehrseitige Sicherheit der Goethe-Universität Frankfurt stellte den Gästen beim Businesslunch für Frauen am 7. Oktober 2015 in Stuttgart das Konzept der „Credentials“ im Bereich des Datenschutzes vor. Dieses Konzept wurde durch das EU-geförderte Projekt „ABC4Trust“ vorangetrieben.

Internet-service-provider sammeln und speichern Unmengen von persönlichen Daten und werten diese aus. Diese Daten werden für ganz unterschiedliche Dinge wie personalisierte Dienstleistungen oder Werbung genutzt. Sie ermöglichen aber auch neue Dienstleistungen in der Mobilität und im Gesundheitswesen. Wir alle hinterlassen digitale Fußabdrücke, die zu unserer digitalen Identität gehören. Während „digitale Fußabdrücke“ noch ganz harmlos klingt, werden wir beim Wort „Bewegungsprofil“ schon wachsamer, denn das klingt nach Überwachung und nach einem Eingriff in die Privatsphäre. Aber wie können wir unsere Privatsphäre schützen und gleichzeitig von den neuen Dienstleistungen profitieren? Wie werden wir wieder Souverän unserer eigenen Daten? ABC4Trust gibt darauf eine Antwort: mit „Bekräftigungsurkunden“ oder Credentials. Sie sorgen dafür, dass Nutzer_innen innerhalb eines Dienstes oder mit mehreren Diensten anonym kommunizieren können.

Mit diesen Attribute-based Credentials (ABC), werden jedem Anbieter jeweils nur Eigenschaften (Attributes) der

Nutzer_innen zur Verfügung gestellt, die er wirklich benötigt. Die mitgelieferte Bekräftigungsurkunde sorgt für das nötige Vertrauen. Das von ABC4Trust entwickelte System wurde erfolgreich an Schulen und Universitäten in Europa getestet, weitere Anwendungsmöglichkeiten werden unter anderem bei selbstfahrenden Fahrzeugen gesehen. Das besondere an ABC4Trust ist, dass es gelungen ist, die bisher vorhandenen kommerziellen Ansätze einzubeziehen und somit Abhängigkeiten zu reduzieren.

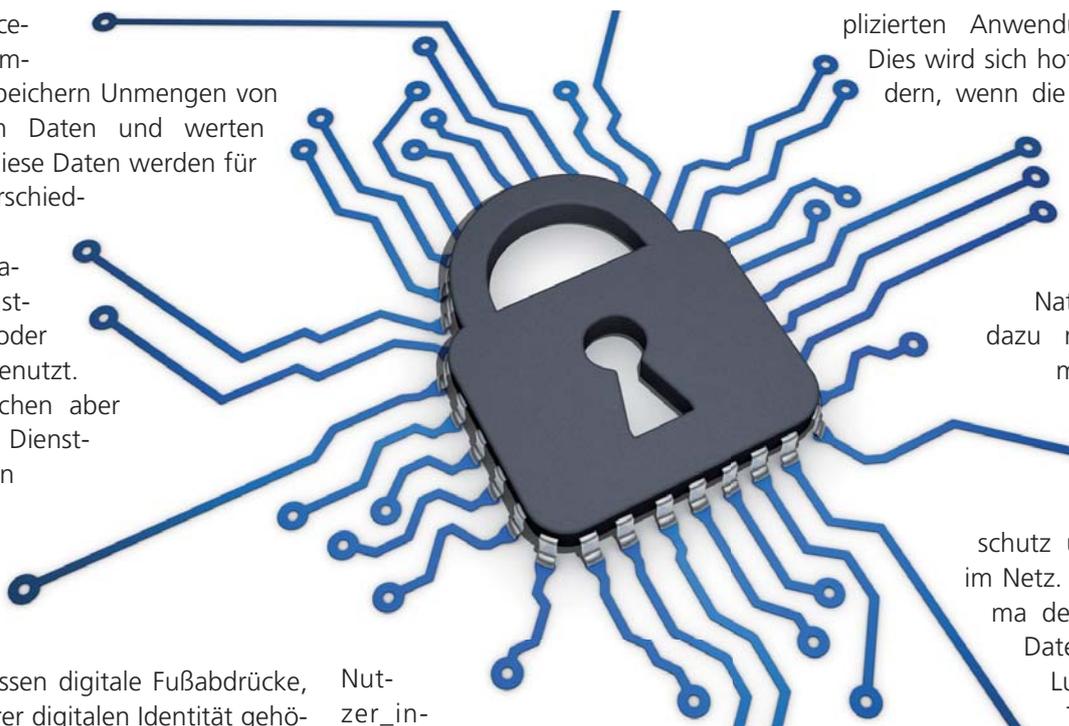
Trotz dieserviellversprechenden Technologie ist die Adaption bisher gering, was meist an der Bequemlichkeit der Nutzer_innen liegt, aber auch an kom-

plizierten Anwendungsoberflächen. Dies wird sich hoffentlich bald ändern, wenn die Regulierung des Datenschutzes auf EU-Ebene weiter voranschreitet.

Natürlich braucht es dazu neue Geschäftsmodelle und ein stärkeres Bewusstsein für die Vorteile von mehr Datenschutz und Privatsphäre im Netz. Gerade das Thema der Wertigkeit der Daten wurde beim Lunch unter den Teilnehmerinnen heftig diskutiert.

Sie fanden sich sehr schnell in der Zwickmühle wieder, sich zwischen wirtschaftlichen Vorteilen der Datennutzung für das Unternehmen und dem Datenschutz und damit dem Schutz der Privatsphäre für die Nutzer_innen entscheiden zu müssen. Nur eine erfolgreiche Regulierung kann hier vermeiden, dass die Privatsphäre zum Luxusgut wird und nur von besser verdienenden Bürger_innen in Anspruch genommen werden kann.

Dem Projekt „ABC4Trust“ ist eine große Öffentlichkeit zu wünschen, denn wie im Förderprogramm Horizont 2020 verlangt, wird hier Wissenschaft für die Gesellschaft betrieben.



Griechenland-Krise: Gespart wurde genug

Auf einer Mitgliederversammlung des Managerkreises NRW am 22. Oktober 2015 sprach Athanasios Titonis, technischer Geschäftsführer des Flughafens Köln-Bonn, Mitglied des Vorstands der Deutsche-Hellenischen Wirtschaftsvereinigung sowie Vorstandsmitglied des Managerkreises NRW über die politische Lage in Griechenland und Europa.



Athanasios Titonis

Aktuell finde eine europäische Innenpolitik statt, in deren Verlauf alle Beteiligten viel lernten. Als Tabu bezeichnete Titonis die Praxis, mit der sich Politiker_innen im Zuge der

Debatte über die Griechenlandkrise zur Finanzpolitik anderer Länder äußerten. Die Finanzpolitik sei eine nationale Angelegenheit mit jeweils spezifischen Besonderheiten. Die griechischen Regierungen hätten während der vergangenen fünf bis sechs Jahre versagt. Sie seien nicht bereit gewesen, notwendige Konflikte einzugehen. Alexis Tsipras und Yanis Varoufakis seien zur Wahl angetreten, um Europa zu verändern – nicht Griechenland. Gespart wurde in Griechenland genug. Ein Schuldenschnitt müsse her, damit die griechische Wirtschaft wieder florieren könne und damit wieder Investitionen getätigt werden könnten, so Titonis.

Die Mitglieder des Managerkreises stellten viele Fragen, die teils kontrovers diskutiert wurden. Unter anderem wurde debattiert, warum es in der griechischen Politik zu einer Koalition der linken Syriza-Partei mit der extremen Rechten (Partei ANEL) gekommen sei. „Tsipras wollte die extremen Rechten aus Kalkül mitnehmen“, sagte Titonis. Aus seiner Sicht bedürfe es jedoch einer linken Regierung, um eine nachhaltige Reform in

Griechenland umzusetzen. „Es gibt starke Gewerkschaften in Griechenland, die eine linke Reform sicher eher mittragen würden als die Pläne einer konservativen Regierung“, erläuterte er. Der Deutsch-Griecher mahnte den reformbedürftigen Beamtenapparat an, der sich während der vorigen 30 Jahre aufgebaut hätte. „Darüber hinaus fehlt ein institutionelles Gedächtnis. Mit jedem Regierungswechsel kommen neue Themen auf, die alten werden nicht weiter abgearbeitet“, sagte er.

Auf die Frage, ob Griechenland im Zuge der Finanzkrise eine Militärregierung gedroht habe, antwortete Titonis: „Vor 30 Jahren hätte eine solche Krise sicher dazu geführt. Vor dem europäischen Hintergrund heutzutage jedoch nicht.“ Dennoch habe es in der Bevölkerung Stimmen gegeben, die nach einem „Aufräumer“ verlangt hätten. „Ich stelle im Moment eine ungewöhnliche Passivität in der Bevölkerung fest. Die Mehrheit gibt sich ihrem Schicksal hin“, resümierte er. Für ein Land, in dem Politik zum alltäglichen Gesprächsstoff selbst unter Jugendlichen gehöre, sei dies ungewöhnlich. Dass das Militär für die Griechen allerdings noch immer eine große Bedeutung habe, machte Titonis ebenfalls deutlich: „Das Militär hat in Griechenland

ein positives Image, ein Schutzimage. Es wird als wichtiger Bestandteil des Staates empfunden, da die benachbarte Türkei auch weiterhin als Feind angesehen wird.“

Die Rekapitalisierung der Banken nannte Titonis als wichtigste Voraussetzung, damit Griechenland aus der Krise kommen könne. „Ein Schuldenschnitt hätte in der Bevölkerung einen immensen psychologischen Effekt“, sagte er. Der Schnitt sei wichtig, damit die Adern der Wirtschaft wieder fließen könnten. Die zweite Regierung Tsipras, die wiederum durch eine Koalition zwischen den Parteien Syriza und ANEL gestützt wird, habe bislang ebenso wenig Erfolge vorzuweisen wie die erste Koalition. „Tsipras bezeichnet die Lösungsvorschläge aus Brüssel als falsch. Er zeigt aber keine besseren Lösungen auf“, erklärte Titonis.

Potenziale, die für einen wirtschaftlichen Aufschwung Griechenlands sorgen könnten, sieht der Geschäftsführer des Flughafens Köln-Bonn im Tourismus. „Es gibt keinen Wintertourismus in Griechenland. Aber das wäre doch ein Ansatz“, schlug er vor. Auch im Frachtverkehr gebe es seiner Meinung nach noch Potenzial – gerade im Warenverkehr mit China, der über den griechischen Hafen von Piräus abgewickelt würde. Als dritten Aspekt mit Potenzial nannte Titonis das Thema erneuerbare Energien.



Industrie ist Stärke Deutschlands

Die Industrie steht vor immensen Zukunftsaufgaben: Energiewende, Digitalisierung, demografischer Wandel und nachhaltiges Produzieren bei gleichzeitiger Abnahme der Akzeptanz der Produktionsfolgen in der Bevölkerung. Wie können wir eine leistungsfähige Industrie im 21. Jahrhundert in NRW und Europa halten und weiterentwickeln? Wie stärken wir Industrie, um damit die Zukunft und den Wohlstand Deutschlands zu sichern?

Der VW-Skandal könnte der deutschen Wirtschaft nachhaltig schaden. Um die Wirtschaftskraft zu erhalten, sind Reformen nötig. Google, Apple und Tesla sind die modernen Konkurrenten der deutschen Automobilindustrie. „Die VW-Manipulationen schaden Deutschland, aber darüber hinaus auch dem Industriestandort Nordrhein-Westfalen“, sagte der Bundestagsabgeordnete und ehemalige Bundesumweltminister Jürgen Trittin. Zusammen mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden im NRW-Landtag Norbert Römer, stand er dem Sprecher des Managerkreises NRW Christoph Dänzer-Vanotti, sowie dem Publikum am 22. Oktober 2015 auf einer Podiumsveranstaltung in Essen Rede und Antwort.

Europäische Sichtweisen unerlässlich

Die beiden Politiker waren sich einig: Europa und eine europäische Sichtweise seien für Deutschland unerlässlich, um auf Dauer als Land erfolgreich zu sein. „Deutschland allein ist zu klein, um in der Welt dauerhaft Gewicht zu haben“, machte Trittin deutlich. „Nationalstaatlich werden wir mit unserer industriellen Produktion und unserer Gesellschaft nicht bestehen können“, unterstrich Römer.

Mehr Europa bedeute mehr Gewicht für Deutschland in der Welt. „Auf Dauer müssen wir nach und nach nationalstaatliche Kompetenzen an die Europäische Union abgeben“, sagte Römer. In einer globalisierten Welt müsse stets

auch global gedacht werden. So nannte Trittin auch das Freihandelsabkommen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika TTIP, das aktuell verhandelt wird, richtig: „Ich bin sicher, dass wir gegenseitig viel voneinander lernen können.“

Wirtschaft wesentlich für Wohlstand

Dass die Wirtschaft auch aus NRW-Sicht besondere Bedeutung hat, machte Römer bereits in seinem Eingangsstatement deutlich: „Im Koalitionsvertrag der Rot-Grünen-Landesregierung steht: Die industrielle Produktion ist wesentlich für unseren Wohlstand.“ Die etwa 150.000 Wirtschaftsbetriebe des Landes erwirtschafteten einen Umsatz von rund 600

Milliarden Euro. „Damit steht Nordrhein-Westfalen gemessen an der Wirtschaftskraft auf Platz sieben im gesamteuropäischen Vergleich“, verdeutlichte der Sozialdemokrat. Trotz dieser positiven Tatsachen habe NRW mit Langzeitarbeitslosigkeit zu kämpfen. „Zwei Drittel sind aufgrund mangelnder Bildung langzeitarbeitslos. Das ist eine Schwierigkeit, der wir uns stellen müssen“, erläuterte er. Römer bezeichnete die Digitalisierung von Ökonomie und Produktion als Herausforderung: „Viele Arbeitsverhältnisse ändern sich. Einfache Tätigkeiten werden immer weniger, die Arbeitsorganisation wird dezentraler“, sagte Römer. Aus seiner Sicht müsse sozialdemokratische Wirtschaftspolitik daher an erster Stelle Investitionspolitik sein. „Wir müssen auch weiterhin in Infrastruktur und Bildung investieren“,



forderte er, damit ein Aufstieg durch Bildung auch weiterhin möglich bleibe.

Großen Raum nahmen in der Diskussion die Enthüllungen der vergangenen Wochen rund um den VW-Konzern ein. Trittin sprach in diesem Zusammenhang von „kollektivem Versagen“. „Man wollte den US-Markt mit sparsamen Dieselfahrzeugen aufmischen, das ist deutlich missglückt.“ Römer forderte Aufklärung in der Affäre unter anderem durch den Aufsichtsrat. „Die Manipulationen haben ein Ausmaß erreicht, in dem sie dem Industriestandort Deutschland und der EU schaden können“, sagte er. Ein Befreiungsschlag für VW könne Trittins Worten nach beispielsweise die Entwicklung eines Hybridwagens sein, den sich das Volk leisten könne.

Eine stärkere Regulierung durch den Staat lehnten Trittin und Römer weitestgehend ab. „Aktuell regulieren wir die Banken sehr stark“, sagte Trittin. Das Beispiel zeige, dass mit starker Regulierung auch hohe Personalbindung aufgrund der Kontrollanforderungen einhergehe, ergänzte Römer. Dies könne für die betroffenen Unternehmen schnell zum Problem werden. Ein ehemaliger Stipen-

diat der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Publikum forderte trotz der Argumentation mehr Regulierung. Fehler im Management von Unternehmen würden sonst auch in Zukunft immer wieder auf den Rücken der Mitarbeiter_innen ausgetragen. Er unterstrich die seiner Meinung nach bestehende Notwendigkeit einer persönlichen Haftung für Manager_innen.

Akzeptanzprobleme bei erneuerbaren Energien

Aus dem Publikum wurde darüber hinaus die These aufgeworfen, dass Nordrhein-Westfalen ein Land der Industriebekämpfer sei, in dem regelmäßig Projekte oder Industrieansiedlungen gestoppt würden. Unabhängig von dieser Auffassung hatten Trittin und Römer zuvor bereits über erneuerbare Energien und deren Akzeptanz in Deutschland gesprochen. „In der Koalition gibt es wenig Auseinandersetzungen zu diesem Thema, doch in der Bevölkerung haben wir bei erneuerbaren Energien mit Akzeptanzproblemen zu kämpfen“, sagte Römer. Doch damit stehe Nordrhein-Westfalen nicht alleine

dar. Trittin erläuterte, es gebe ein Nord-Süd-Gefälle bei Fragen zu Windparks und generell zum Thema erneuerbare Energien. „Gegen bestimmte Standorte gibt es natürlich berechnete ökologische Bedenken“, erläuterte der Niedersachse. Kategorisch ausgeschlossen werden sollten mögliche Standorte für die Erzeugung erneuerbarer Energien jedoch nie. Es müsse eine Einzelprüfung erfolgen.

Das Thema Energie ergänzend fragte Martin Schmuck aus dem Managerkreis NRW nach der Zukunft der großen Energieunternehmen RWE und EON. „Aus NRW-Sicht verstehe ich die Auffassung, dass diese Unternehmen gebraucht werden. Sie müssen jedoch dringend Innovationen nachholen“, forderte der ehemalige Bundesumweltminister Trittin. Zusätzlich zu RWE und EON befinden sich seiner Meinung nach auch Vattenfall und EnBW in einer schwierigen Phase. „Ob alle vier Unternehmen auf Dauer überleben, kann ich nicht seriös sagen“, formulierte es Trittin. Seiner Ansicht nach habe die Politik im Land und im Bund jedoch die Pflicht Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein Fortbestehen der Unternehmen ermöglichen. „Es ist allerdings nicht Aufgabe der

Politik, neue Geschäftsmodelle zu finden“, ergänzte Römer. „Der deutsche Strommarkt ist von Überkapazitäten geprägt – trotz der Abschaltung der Atomkraftwerke. Das führt zu geringer Vergütung pro Kilowattstunde“, erklärte der Bundespolitiker und ergänzte: „Wenn wir zurück zu einem Markt wollen, in dem sich Investitionen in Energie wieder lohnen, müssen wir die Überkapazitäten abbauen.“ Die Preise an der Strombörse dürften nicht weiter sinken. Doch Römer gab zu bedenken: „Der Abbau der Überkapazitäten muss gelingen, ohne unseren Klimabeitrag zu konterkarieren.“



TTIP: Bedroht der Freihandel unsere Freiheit?

Ein kurzer Name sorgt für eine lang anhaltende Debatte: TTIP. Befürworter_innen erwarten einen Wachstumsimpuls für die amerikanische und europäische Wirtschaft, neue Arbeitsplätze und eine Stärkung der transatlantischen Wertegemeinschaft. Kritiker_innen weisen demgegenüber auf die Intransparenz des Verhandlungsprozesses hin und fürchten einen Abbau von Standards, eine Beeinträchtigung des Verbraucherschutzes und den Verlust staatlicher Souveränität bei Rechtsprechungen.

Um über Chancen und Risiken von TTIP zu diskutieren, hatte der Managerkreis Mitteldeutschland am 22. Oktober 2015 in Jena Experten aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften eingeladen: Jakob von Weizsäcker, Mitglied des Europäischen Parlaments, Michael Mertin, Vorstandsvorsitzender Jenoptik AG und Florian

Moritz, Referatsleiter Internationale und Europäische Wirtschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand. Jakob von Weizsäcker eröffnete die Veranstaltung mit einem Impuls zum aktuellen Stand und bedankte sich für die große Resonanz der Zivilgesellschaft, die die Verhandlungen kritisch und wach begleitet.

Das Interesse der EU und der USA an TTIP bestehe vor allem in erhofften wirtschaftlichen Vorteilen. Ein Freihandelsabkommen stelle eine vergleichsweise kostengünstige strukturelle Reform dar, um auch in Zeiten der Nachwirkungen der jüngsten Finanz- und Staatsschuldenkrise den Wunsch nach ökonomischem Wachstum zu befriedigen. Denn die EU und USA bilden beim Gelingen von TTIP die weltgrößte Freihandelszone mit einer Wirtschaftskraft von rund 34 Billionen US-Dollar, was fast der Hälfte der globalen Wirtschaftskraft entspricht, obgleich die beiden Regionen zusam-



men lediglich 12% der Weltbevölkerung repräsentieren.

Marktchancen ergäben sich jedoch vorrangig nicht durch den Wegfall von Zöllen, denn diese sind, abgesehen von hohen Spitzenzöllen, insbesondere im Agrarsektor, zwischen beiden Regionen bereits sehr niedrig, sondern vor allem im Abbau von nichttarifären Handelsbarrieren (NTB). „Hier ist Musik drin“, so Jakob von Weizsäcker. Denn unter NTB fallen Qualitäts- und Sicherheitsstandards, Etikettierungspflichten oder auch Regeln zum Schutz geistigen Eigentums.

Für exportorientierte Unternehmen stellen NTB zusätzliche Kosten dar. Ihr Abbau könnte den internationalen Handel steigern. Gerade für die EU mit Exporten in Höhe von 450 Mrd. € jährlich in die USA (Stand 2013) und vor allem für Deutschland, welches daran mit Exporten in Höhe von rund 100 Mrd. €

in die USA den Löwenanteil trägt, ergäben sich große Marktchancen.

Von Weizsäcker ließ nicht unerwähnt, dass eine Marktintegration und Ermöglichung der beteiligten Länder, sich auf einzelne Güter oder Dienstleistungen zu spezialisieren, auch zu Verwerfungen

führen werde und Verlierer hervorrufen könne.

Die zentralen Konfliktlinien der Verhandlungen waren auch Gegenstand der anschließenden Diskussion des Podiums. Mit seiner Forderung an die Verhandlungsführer_innen, mehr Transparenz zu schaffen, als Grundvoraussetzung für Vertrauen, griff von Weizsäcker einen der zentralen Kritikpunkte auf. Denn im EU-Parlament dürften längst noch nicht alle Abgeordneten alle Dokumente einsehen und auch die Möglichkeit, sich Notizen zu machen, ist eingeschränkt. In Berlin haben viele Ministerialbeamten Zugang zum TTIP-Leseraum der US-Botschaft, nicht aber Abgeordnete des Bundestages. Bei der Transparenz gebe es weiteren Nachbesserungsbedarf, so Jakob von Weizsäcker.

Michael Mertin von der Jenoptik AG richtete den Blick auf die 1.200 bilateralen Investitionsschutzabkommen

(Bilateral Investment Treaties – BITs) der EU-Mitgliedsstaaten, welche die Kommission mit TTIP harmonisieren möchte. Historisch dienten Investitionsschutzabkommen mit internationaler Schiedsgerichtsbarkeit ursprünglich der Absicherung von ausländischen Investitionen in Staaten mit vermeintlich wenig verlässlichen und nicht unabhängigen Rechtssystemen. Besondere Kritik erntet aktuell das Streitschlichtungsverfahren, welches ausländischen Investoren die Möglichkeit einräumt, den nationalen Rechtsweg ihrer Gastländer zu umgehen und diese vor internationalen Schiedstribunalen unter Ausschluss der Öffentlichkeit auf Entschädigungen zu verklagen.

sich ihre Gewinnerwartungen durch Änderungen von Standards oder Gesetzen im Gastland zu reduzieren drohen. Dem Druck der Kritiker_innen und dem Einsatz der Sozialdemokrat_innen im EU-Parlament sei es zu verdanken, dass nach monatelangen Verhandlungen eine breite Mehrheit zur Ablehnung privater Schiedsgerichte organisiert werden konnte.

Florian Moritz vom DGB lenkte den Fokus der Diskussion auf die von Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und Verbrauchergruppen geäußerten Bedenken bezüglich der beabsichtigten Angleichung und gegenseitigen Anerkennung unterschiedlicher Standards in der EU und

telproduktion. Die Befürchtungen, erklärte Michael Mertin, rühren vor allem daher, weil Europa und Amerika erhebliche Unterschiede in ihren Wirtschafts- und Gesellschaftsmodellen und entsprechenden Regulierungen aufweisen. Europa ist vom Vorsorgeprinzip geprägt, wonach Lebensmittel vor Markteinführung auf ihre Unbedenklichkeit geprüft werden müssen, während in den USA vermeintlich schädliche Produkte erst dann vom Markt genommen werden, wenn ihre Gesundheitsgefährdung nachgewiesen werden konnte.

Jakob von Weizsäcker konnte diese Bedenken jedoch zu einem großen Teil auffangen mit dem Verweis auf die TTIP-



Die ausländischen Investoren sind damit gegenüber inländischen Unternehmen, die nur die nationale Gerichtsbarkeit nutzen können, privilegiert – die Investor-Staat-Verfahren gewähren ihnen ein Sonderklagerecht. Kritisch zu sehen, so ergänzte von Weizsäcker, ist dabei der Verlust staatlicher Souveränität bei Rechtsprechung und Gesetzgebung insofern, als dass Investor-Staat-Klagen dazu missbraucht werden können, nationale Gesetze zu konterkarieren. Denn immer häufiger nutzen Konzerne die internationalen Schiedsgerichte, wenn

den USA. Davon betroffen wären neben technischen Prozess- und Produktstandards potenziell auch zahlreiche Bereiche wie der Gesundheits- und Umweltschutz sowie Fragen des Verbraucherschutzes wie Verpackungs- und Kennzeichnungspflichten. Während die Gewerkschaften befürchten, dass TTIP zu einer Verschlechterung der Arbeitnehmerrechte und der Arbeits- und Tarifvertragsstandards führen könnte, drängen Verbrauchergruppen auf den Erhalt hoher Qualitäts- und Sicherheitsstandards wie beispielsweise im Bereich der Lebensmit-

Entschiebung des EU-Parlaments vom Juli 2015, in dem man rote Linien für TTIP definiert habe: „Dort haben wir unmissverständlich klar gemacht, dass wir nicht zulassen werden, dass Verbraucher- oder Arbeitnehmerrechte ausgehebelt werden oder dass ausländischen Investoren in TTIP das Recht eingeräumt wird, gegen nationale Regierungen vor privaten Schiedsgerichten zu klagen.“ Gerade deswegen sei er optimistisch und sprach sich für eine Fortführung der Verhandlungen bei wacher und kritischer Begleitung durch die Zivilgesellschaft aus.

Risiken geteilter Strompreiszonen

Der grenzüberschreitende Stromaustausch innerhalb Europas gewährleistet Systemstabilität und Versorgungssicherheit zu wettbewerbsfähigen Preisen. Als positives Beispiel und Symbol eines angestrebten europäischen Energiebinnenmarktes gilt die seit 2002 bestehende engpassfreie Grenze zwischen Österreich und Deutschland. Doch der gemeinsamen Strompreiszone droht nun das Aus.

Die Energiewende setzt die einheitlichen Energiepreiszonen zunehmend unter Druck. Das betrifft nicht nur die deutsch-österreichische Kooperation. Wegen des entstandenen Nord-Süd-Gefälles von Erzeugungs- und Verbraucherzentren und den dadurch notwendigen Ausbau der Stromtrassen wird auch die Aufteilung Deutschlands in zwei Strompreiszonen immer wieder diskutiert. Bedingt durch den schleppenden Netzausbau wird der Stromüberschuss beispielsweise aus Windenergie in Norddeutschland auf seinem Weg Richtung Süden nach Bayern oder Österreich auch über die Leitungsnetze von Polen und Tschechien geleitet. Die Folge: Überlastung. Unter

diesem Druck hat sich die EU-Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) am 23. September 2015 für die Trennung der deutsch-österreichischen Strompreiszone ausgesprochen und ein Engpassmanagement empfohlen.

Eine Woche später griff der Managerkreis bei einem Fachgespräch in Berlin dieses Thema auf. Am 1. Oktober 2015 diskutierten Martin Graf, Vorstand und Exekutivdirektor der E-Control Austria, und Peter Franke, Vizepräsident der Bundesnetzagentur über Energiewende und Strommarktdesign. Kritisch wurde erörtert, ob Gebotszonen, in denen sich unterschiedliche Strompreise bilden

können, eine sinnvolle Option für eine regionale Differenzierung sind. Ihr Ziel, stark beanspruchte Übertragungsnetze zu entlasten, den Bedarf für Engpass- und Redispatchmaßnahmen zu senken und im Ergebnis durch die Einführung von künstlichen Handelsbeschränkungen eine effizientere und kostengünstigere Steuerung der Strombereitstellung und Stromnachfrage zu erreichen, habe auch deutliche negative Auswirkungen. Höhere Preise, wohlfahrtsökonomische Verluste oder auch ein negativer Einfluss auf die Reputation des Marktes sowie das gemeinsame Ziel eines europäischen Energiebinnenmarktes werden befürchtet.



Digitale Arbeit menschengerecht gestalten

Die Digitalisierung erreicht immer mehr Branchen und Tätigkeiten - neue Organisations- und Arbeitsformen entstehen. Die Auflösung klarer Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit stellt ein Risiko dar, bietet aber auch Chancen zum selbstbestimmteren Arbeiten oder zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wie stellen sich Unternehmen auf diese Veränderungen ein? Welche Entwicklungen sind zu erwarten? Wie können Politik und Sozialpartner sicherstellen, dass die Risiken begrenzt und die Chancen der technischen auch die gewünschten sozialen Innovationen hervorbringen?

Um diese Debatte zu vertiefen lud der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung am 3. November 2015 zu einem Fachgespräch mit Thorben Albrecht, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales ein. Sein Impulsvortrag wurde kommentiert von Dagmar Bornemann, Managing Director/Owner db&w GbR, Constanze Kurz, Leiterin Ressort Zukunft der Arbeit der IG Metall, Thomas Leubner, Head of Learning and Education der Siemens AG, Jürgen Niemann, Geschäftsführer Personal der DB Dienstleistungen GmbH, und Martin Seiler, Geschäftsführer Personal der Telekom Deutschland GmbH.

Die Digitalisierung der Arbeitsprozesse wird nicht nur technische und wirtschaftliche Veränderungen hervorbringen. Die globale Beschleunigung wird insbesondere die Flexibilitätsanforderungen an die Mitarbeiter_innen massiv verändern. Um erfolgreich auf diese Entwicklungen reagieren zu können

müssen auch die damit verbundenen Befürchtungen der Mitarbeitenden wie Entgrenzung und Verdichtung der Arbeit oder Datensicherheitsfragen ernst genommen werden. Eine Abwehr dieser dynamischen Veränderungen kann nicht gelingen. Vielmehr müssen, so die Überzeugung der Teilnehmer_innen, die Entwicklungen von Politik und Sozialpartnern konsequent mitgestaltet werden.

Kernauftrag: Qualifikation

Um in einer digitalisierten Arbeitswelt erfolgreich zu sein, müssen Mitarbeitende neue Fähigkeiten entwickeln. Neue Assistenzsysteme erleichtern zwar vielfach die Arbeitsprozesse, um jedoch ein Zurückbleiben der Mitarbeitenden hinter dieser Entwicklung zu verhindern, muss die Bedeutung der alle Lebensbereiche durchziehenden IT-Fähigkeit berücksichtigt werden. Es steht sonst zu befürchten, dass

sich die Belegschaft zunehmend in zwei Gruppen aufteilt: in solche, die über gute Praxisfähigkeiten verfügen (Anwender) und solche, die tatsächlich die technologischen Prozesse verstehen (Gestalter). Ein „Upskilling“ insbesondere von Mittelqualifizierten wird daher immer wichtiger werden.

Zu den zentralen Qualifikationskriterien zählt zudem die Zusammenarbeit über immer komplexere Prozesse hinweg. Da Unternehmen nicht alles Wissen und alle nötigen Kompetenzen im eigenen Konzern vorhalten können, werden Kooperations-, Team- und Netzwerkfähigkeiten immer relevanter. Aufgrund der kontinuierlichen Veränderungen empfehlen die Teilnehmenden zudem eine möglichst flexible Qualifikationsstrategie. Unternehmen sollten nicht nur traditionelle Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen nutzen, sondern vielmehr die Kompetenzen von Mitarbeiter_innen entwickeln, die ein selbstgesteuertes Lernen fördern.



Erfolgsfaktor: Beteiligung

Qualifizierungsversprechen und -angebote werden jedoch nicht ausreichen. Die Diskussionsrunde hob hervor, dass auch die zunehmende Bedeutung der „digitalen Arbeit“ nichts daran ändert, dass Anerkennung und Wertschätzung für eine erfolgreiche und nachhaltige Unternehmenspolitik zentral bleiben. Ängste und Sorgen müssen ernst genommen und Perspektiven für Mitarbeitende entwickelt werden. Beteiligung und Empowerment wurden als Stichworte genannt – nicht nur als Mittel zur Humanisierung der Arbeit oder um Wertschätzung zu kommunizieren, sondern auch mit elementarer wirtschaftlicher Bedeutung. Die Motivation der Mitarbeitenden und damit ihre Bereitschaft, Veränderungsprozesse aktiv mitzugestalten wird für den unternehmerischen Erfolg immer bedeutsamer. Beteiligungsmöglichkeiten sind hierfür die Grundvoraussetzung.

Auch die Tarifpartner werden weiter gefordert. Da Flexibilitätsanforderungen steigen, aber auch von Mitarbeitenden selber gewünscht werden und gleichsam die Arbeitsplatzsicherheit weiter eine große Bedeutung einnimmt, wird ein tarifpolitischer Rahmen benötigt, der Risiken und Chancen der Digitalisierung sinnvoll berücksichtigt.

Anpassungsbedarf: Datenschutz

Die seit Jahren fortschreitenden Digitalisierungsprozesse dürfen weder zu „gläsernen Kunden“ noch zu „gläsernen Arbeitnehmer_innen“ führen. Zwar sollen die Chancen der Datenveredlung genutzt werden, Arbeitnehmer_innen und Kund_innen sollen jedoch stets die Hoheit über ihre eigenen Daten behalten. Deutschland hat hier großen Nachholbedarf. Statt durch einen innovativen regulativen Rahmen eine eigene Balance zwischen Chancen und Risiken zu verwirklichen, führen die veralteten restriktiven Regulierungen vielfach dazu, dass primär große außereuropäische Akteure den Markt beherrschen.

Telekom-Vorstand zu Gast beim Managerkreis

Am 5. Oktober 2015 empfing der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung Reinhard Clemens, Vorstand der Deutschen Telekom AG und CEO von T-Systems, zu einem Hintergrundgespräch. Clemens erläuterte wie sich Deutschland und Europa in Zeiten der „Industrie 4.0“ und den sich damit abzeichnenden grundlegenden Transformationsprozessen positionieren kann.

Im Zuge der Digitalisierung gewinnt die Kontrolle über Daten zunehmend an Bedeutung. Daten abzugeben bedeute auch immer, die Kontrolle zu verlieren. Deutsche und europäische Unternehmen haben im Digitalisierungswettbewerb einen entscheidenden Nachteil: Im 4.0-Zeitalter ist die Größe des Marktes für den wirtschaftlichen Erfolg zentral, und Europa ist zersplittert. Um dem ent-

mentun würden, könnten sie gemeinsame Standards durchsetzen und den Standort dadurch stärken. Um dies zu fordern und durchzusetzen fehle nicht zuletzt aber eine pro-europäische Interessenvertretung.

Die Digitalisierung wird die Arbeitsrealität vieler Menschen verändern. Erwartet wird zudem eine zunehmende Trennung zwischen hochqualifizierten und hochbezahlten Expert_innen und Menschen, die IT-unterstützt lediglich einfache Dienstleistungen ausführen. Um im globalen Wettbewerb bestehen zu können, wird daher die Ausbildung insbesondere in den MINT-Fächern immer relevanter. Stellen in diesem Bereich bleiben schon heute häufig unbesetzt und bis spätestens 2025 muss mit massiven Ausfällen gerechnet werden. Dies ist ein zentrales Standortthema, da für langfristigen Erfolg in einer digitalen Arbeitswelt insbesondere die Entwicklung und Wartung von Software im Zentrum stehen wird.

Die sich durch die Digitalisierung verändernde Wirtschaftsrealität erfordert aber auch ein Umdenken zum Beispiel in der Steuerpolitik. Potenziale für höheren Wohlstand und steigende Lebensqualität bestehen aber nur, wenn sich die Besteuerungssystematik an die Veränderungen anpasst. Produktivität statt Lohn zu besteuern, kann hier die Grundlage einer gerechten Wohlstandsverteilung bilden.



Reinhard Clemens

gegenzuwirken muss der Ausbau des Binnenmarktes im Mittelpunkt stehen. Europa muss mit einem einheitlichen Rechtsrahmen ein „Level Playing Field“ und Standards der Kommunikation schaffen. Insbesondere der Markt für „Embedded Devices“ wird in diesem Kontext hervorgehoben, da Europa und Deutschland hier bereits Marktführer sind. Wenn sich diese Firmen zusam-



Neue Publikationen des Managerkreises

Industriepolitik für Europa – Die EU als Standort industrieller Wertschöpfung zukunftsfähig machen

Daniel Sahl, Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2015. - 18 S. = 340 KB, PDF-File. ISBN 978-3-95861-249-5

Vor sechs Jahren breitete sich die weltweite Finanzkrise auch in Europa aus und führte zu einer Banken-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise in der Eurozone. Es folgte ein wirtschaftlicher Einbruch, der auch die europäische Industrie bis ins Mark traf. Seit dieser Zeit haben sich die Rahmenbedingungen in Europa deutlich zum Nachteil der Industrie verändert. Wenn Europa aber die Potenziale der Digitalisierung nutzen und auch zukünftig ein bedeutender Standort industrieller Wertschöpfung bleiben will, muss noch in diesem Jahrzehnt auf nationaler wie auch und insbesondere auf europäischer Ebene entschlossen gehandelt werden.

Lesen Sie die Publikation von Daniel Sahl: <http://library.fes.de/pdf-files/managerkreis/11616.pdf>



Reform der Erbschaftsteuer: Wege zum Abbau der Verschonungsregeln

Harald Noack und Wolfgang Wiegard, Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2015. – 4 S. = 61 KB, PDF-File.

Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Dezember 2014 müssen die Verschonungsregeln bei der Erbschaftsteuer neu geregelt werden. Spätestens bis 30. Juni 2016 muss die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen. Harald Noack und Wolfgang Wiegard schlagen vor, sämtliche Vermögensgegenstände zu erfassen und steuerlich gleichzustellen.

Lesen Sie die Publikation aus der Reihe impulse: <http://library.fes.de/pdf-files/managerkreis/12067.pdf>

Gerne senden wir Ihnen gedruckte Exemplare zu.
Bestellungen bitte an managerkreis@fes.de

Terminvorschau 2015/2016

Der Managerkreis lädt zu den öffentlichen Veranstaltungen alle Mitglieder und Interessent_innen rechtzeitig per E-Mail ein. Einladungen für Hintergrundgespräche sind ausschließlich den Mitgliedern des Managerkreises vorbehalten. Auch diese Einladungen erfolgen elektronisch.

Bitte informieren Sie uns, wenn sich Ihre E-Mail-Adresse ändert.

Alle aktuellen Termine finden Sie hier
www.managerkreis.de

Kontakt:
managerkreis@fes.de

Impressum

V.i.S.d.P. Marc Meinardus
Koordination & Schlussredaktion: Dagmar Merk

Design: Werbestudio Zum weissen Roessl
Redaktion: Simone Varias
Fotos: Mark Bollhorst, Agentur Bildschön, Friedrich-Ebert-Stiftung, Brigitte Hiss, Gerhard P. Müller, Gaby Waldek und Sven Vietense, Gina Sanders, Julien Eichinger, stockWERK, asrawolf, Dreaming Andy, sveta, Andrei Korzhys, Imaginis, luedtkep, hs7.de – fotolia.com

Friedrich-Ebert-Stiftung
Managerkreis
Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin
Fon 030 / 2 69 35 70 53
Fax 030 / 2 69 35 92 36
E-Mail: managerkreis@fes.de

www.managerkreis.de